

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (banon 27 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Freitag 20. Mai 1932 Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitig 20 Zentimeter breite 20 Pf. ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3 ... Vorwärts-Verlag G. m. b. H. ...

Die Kriegsgefahr in Ostasien.

Beratung der Internationale.

Zürich, 19. Mai. (Eigenbericht.)

Im Zürcher Limmathaus begann heute eine zahlreich besuchte Sitzung der Exekutive der S.A.Z. unter dem Vorsitz von Vanderbelde. Deutschland ist vertreten durch ...

konnte man Mittwoch abends feststellen, daß starke Abteilungen der Moskauer Garnison in der letzten Zeit nach Ostibirien verlegt worden sind. Die Moskauer Motorbatterien sind jetzt in Chabarowsk, wo auch eine Abteilung des Generalstabes unter der Leitung Blüchers den Grenzschutz leitet. ...

Am Donnerstagsabend hörte man aus Moskau, daß auch in dem jüdischen Siedlungsgebiet Birobidjan in Ostibirien ein Regiment zur Landesverteidigung aufgestellt worden ist.

Reuterdarstellung des Umsturzes.

Die britische Reuter-Agentur verbreitet aus Tokio eine Darstellung, die das Eingreifen des Militärs als im Interesse der Kleinbauern liegend hinstellt. Darin heißt es:

Die Revolution, nach der Kraki und Suzuki sich verständig hatten, ist verfrüht, denn

das Heer fordert eine energische Säuberung der Parteien und eine Hilfsaktion für die Landwirte und die kleinen Kaufleute, während Suzuki weitgehende Reformen nicht sofort versprechen kann. Man darf nicht vergessen, daß das Heer traditionsgemäß den Reichtum verachtet, und daß Offiziere wie Soldaten, die aus den Landkreisen stammen, mit den armen Landwirten sympathisieren, die von Steuern zugunsten der Großindustrie und des Großhandels erdrückt werden. ...

Die Politiker aber können sich nicht zu fest in diesem Sinne binden.

da ihre Macht in der Hauptsache von dem gegenwärtigen System abhängt, das in enger Verbindung mit den großen Interessen des Handels und der Industrie steht.

Moskauer Funkalarm.

Zustand der drohenden Kriegsgefahr.

In diesen Tagen der Zuspitzung im Fernen Osten sind die großen Rundfunksender Moskaus ganz vom Kreml beschlagnahmt. Es gibt keine Sendung mehr, die nicht mit den Worten beginnt: Alle Augen auf die Mandschurei! In alarmierendster Form stellen die Sprecher die Kriegsgefahr dar. ...

In jedem Augenblick bis zur letzten Minute bereit, mit Japan zu einer Verständigung zu kommen. Leider aber hätten sich die Zuschauern darauf durch diese Regierungsbildung stark verschlechtert.

Zus den besondern Radioendungen an die Rote Armee.

Wieder Krach in Braunschweig!

Nazi-Abgeordneter verherrlicht Überfall auf Wels. — Landtagsitzung aufgefliegen.

Braunschweig, 19. Mai. (Eigenbericht.)

Auch die heutige etwa neunstündige Landtagsverhandlung gestaltete sich recht stürmisch und führte schließlich zur Räumung der Tribünen und zum Aufstiegen der Sitzung. Die Nazis hatten auf die Tribünen ihre SA-Leute dirigiert, die dauernd in die Verhandlungen eingriffen und die sozialdemokratischen Abgeordneten beschimpften und bedrohten.

Der Hauptkrach entstand bei der Behandlung eines nationalsozialistischen Antrages auf Aufhebung des SA-Verboles.

Zu Beginn der Sitzung hatte die sozialdemokratische Fraktion gegen die am Vortage ungesetzlich zustandekommenen Beschlüsse des Rumpfparlamentes protestiert und verlangt, daß der Kestlererrat zusammenzutreten solle. Die Mehrheit lehnte jedoch diesen Antrag ab. Sodann spielten in der Debatte die Röhm-Briefe eine Rolle, derenwegen Herr Klages unter Mißbrauch der Rotverordnung dem „Volksfreund“ eine Aufzagesnachricht zugemutet hatte, die jedoch von unserem Parteiorgan verweigert worden war. Ein sozialdemokratischer Antrag forderte von Klages, daß er die gesetzlichen Bestimmungen gegenüber den Zeitungen innehalte. Bei der Begründung wurde

nachgewiesen, daß gegenüber allen Ablehnungsversuchen die Röhm-Briefe echt sind.

Klages gestand, die Zwangsnachricht deshalb gefordert zu haben, weil durch die Veröffentlichung der Röhm-Briefe Adolf Hitler beschimpft worden sei. Außerdem waren große Teile der Bevölkerung aufgereizt worden.

Scharf ging mit Minister Klages die SPD-Fraktion nochmals ins Gericht, als auf die demagogische Ausnutzung der Stilllegung des Harzbergbaues durch die Nazis hingewiesen wurde. Klages habe zwar als Parteimann die Bevölkerung wild gemacht, jedoch als Minister habe er zuerst den Stilllegungsantrag gestellt, bzw. stellen lassen.

Als nach diesen erregten Debatten der Naziantrag auf Auf-

hebung des SA-Verboles behandelt wurde, artete die Sitzung immer mehr in Krach und Skandal aus.

Ein Nazirechtsanwalt beschimpfte Groener und Hindenburg und drohte mit Abrechnung. Der Parteiführer Wels habe in Adin mit Recht Schläge bekommen.

Als diese Unverschämtheiten gingen ohne Ordnungsruf durch! Als dann der sozialdemokratische Redner Thielemann der Braunschweiger SA den Sündenpiegel vorhielt und nachwies, was diese Verdräherbanden alles auf dem Gewissen haben, ging der bestellte Skandal los. Fast entwickelte sich eine Schlagerei, die nur durch das Dazwischentreten sozialdemokratischer Abgeordneter verhindert werden konnte. Ein ungeheurer Krach herrschte, der Präsident war unfähig, die Verhandlungen zu leiten. Schließlich ordnete er die Tribünenräumung an. Die Sitzung flog auf.

Neue Opfer in Bombay

116 Todesopfer der Religionskämpfe.

London, 19. Mai. (Eigenbericht.)

Die Straßenkämpfe zwischen Hindus und Mohammedanern in Bombay dauern an. Die Zahl der Toten wurde am Donnerstag auf 116, die der Verletzten auf über 1100 geschätzt.

Stürzt Dilsudski!

Aufforderung im Rundfunk.

Ritten in der Unterhaltungsmusik des Warschauer Senders am Pfingstmontag, die vermutlich auch von anderen Radiostationen Polens übernommen wurde, erschallten plötzlich einige martige Sätze gegen das despotische Dilsudski-Regime, die mit der Aufforderung schlossen, das Land von ihm zu befreien.

Die Suche nach dieser Nachahmung bekannter Vorbilder hat lediglich ergeben, daß das Telephonkabel des Warschauer Senders außerhalb der Hauptstadt angebohrt worden ist.

Hohenzollern-Ehrenwort.

Was hat der Kronprinz Stresemann versprochen? Von Wilhelm Sollmann.

Seitdem der ehemalige deutsche Kronprinz sich öffentlich für die Wahl Adolf Hitlers zum Reichspräsidenten eingesetzt und sich dadurch politisch betätigt hat, ist die Erörterung über die Frage nicht mehr zur Ruhe gekommen, ob hier ein Wortbruch des Herrn Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen vorliegt. ...

Bald nach der Konstituierung des Kabinetts Stresemann, in dem ich Reichsminister des Innern war, sprach mich der Reichskanzler auf die Möglichkeit einer Rückkehr des früheren Kronprinzen an. Ich behandelte den Wunsch dilatorisch. Mein Glaube an den Bestand des Kabinetts war gering. Ich wollte die Entscheidung einer späteren Reichsregierung überlassen. ...

Zus weiteren Unterhaltungen erkannte ich aber, daß Stresemann sich des Kronprinzen mit Fähigkeit, ja mit Innigkeit annahm. Er erzählte mir, daß er den Prinzen auf der holländischen Insel Wieringen besucht habe. Immer wieder versicherte Stresemann, daß der frühere Kronprinz nur aus Sehnsucht nach seiner Familie zurückkehren beabsichtige und verspreche, sich der politischen Betätigung zu enthalten. ...

Reichskanzler Stresemann gab sich in Unterhaltungen mir gegenüber immer wieder Mühe, mein Mißtrauen zu zerstreuen. Er schilderte seinen Schützling als einen sportfreudigen, vielseitig interessierten Menschen, der aber keinerlei politischen Ehrgeiz habe. Mein Widerstand wurde nur verstärkt, als Stresemann mir eines Tages sagte, der frühere Kronprinz lege besonderen Wert darauf, von einem Reichskabinet mit sozialdemokratischen Mitgliedern die Genehmigung zur Rückkehr zu erhalten. ...

Als der Reichskanzler Stresemann meine Zustimmung nicht erhalten konnte, brachte er die Sache, und zwar in den schlimmsten Tagen des Konflikts zwischen dem Reich und Bayern, in die Kabinettsitzung. Ueber die Beratung im Reichskabinet hat mir der damalige Reichsjustizminister Prof. Dr. Kadbruch im November des Jahres 1923 eine Niederschrift übergeben, die ich hier folgen lasse:

„Nachdem der Reichsminister des Innern, Sollmann, wiederholten Gesuchen des Kronprinzen um die Erlaubnis zu seiner Rückkehr seinen Widerspruch entgegengesetzt hatte, trug in den Tagen, in denen der Konflikt des Reichs mit Bayern auf seinem Höhepunkt war, in einer Kabinettsitzung der Reichskanzler Stresemann erneut den Rückkehrwunsch des Kronprinzen beklammernd vor. Er führte aus, die Familienverhältnisse des Kronprinzen machten seine Rückkehr unbedingt erforderlich. ...

Danzig-Debatte in Genf.

Polen gibt Unrecht zu — Vergleichsformeln beschlossen.

Genf, 19. Mai.

Der Völkerbundrat hat sich heute nachmittag in öffentlicher Sitzung mit den Polen-Danziger wirtschaftlichen Streitfragen beschäftigt: Veredelungs-, Lager- und Kontingentsverkehr. Bericht erstatter war der englische Unterstaatssekretär Eden. Er teilte mit, daß beide Parteien einem ihm ausgearbeiteten Vorschlag zur Regelung der Streitfragen zugestimmt hätten, nämlich einer zu stellenden Ratensitzung, die betont, daß eine Entscheidung der Organe des Völkerbundes über eine „direkte Aktion“ nach dem Wortlaut und dem Sinn sofort ausgeführt werden muß. Der Vorschlag sagt weiter, daß das polnische Finanzstrafgesetz vom 18. März 1932 nicht in einer Weise angewendet werden darf, die den Fragen des Veredelungsverkehrs vor ihrer materiellen Erledigung präjudiziert.

Polen hatte gegen die Entscheidung des Völkerbundskommissars, daß Polen der vertragsgemäßen Entscheidung der Völkerbundsinstanzen vorgegriffen und damit eine unzulässige „direkte Aktion“ begangen habe, Einspruch erhoben. Nunmehr erklärte sich Polen bereit, diesen Einspruch zurückzuziehen. Schließlich wird der Völkerbundskommissar in dem Vorschlag aufgefordert, mit Unterstützung von Sachverständigen eine möglichst schleunige Regelung der materiellen Streitfragen zwischen Polen und Danzig herbeizuführen. Diese Entscheidung nahm der Völkerbundrat einstimmig an.

In der anschließenden Debatte schilderte der Senatspräsident Dr. Ziehm die schweren Schäden, die der Danziger Wirtschaft durch die polnischen Maßnahmen zugefügt werden. Er gab seiner Befriedigung über die Entschärfung des Rates Ausdruck, bedauerte aber, daß die für den Veredelungs- und den Lagerverkehr getroffenen Feststellungen nicht auch auf den Kontingentsverkehr ausgedehnt sind. Zur Zeit sei der Warenverkehr von Danzig nach Polen so gut wie gesperrt. Die augenblickliche Lage sei für Danzig wirtschaftlich untragbar. Dr. Ziehm appellierte eindringlich an den Vertreter der polnischen Regierung, auf die wirtschaftlichen Interessen Danzigs Rücksicht zu nehmen. Die Danziger Regierung werde alles tun, um zur Beseitigung der bestehenden Spannung beizutragen.

Außenminister Zaleski-Polen

entwickelte wiederum die polnische These, daß Danzigs Hafenverkehr heute eine günstigere Entwicklung aufzuweisen habe als in der

Vorkriegszeit. Dr. Ziehm erwiderte, daß mehr als die Hälfte der heutigen Einfuhr über Danzig auf Erze und mehr als drei Viertel der Ausfuhr über Danzig auf Kohle entfällt, geringwertige Waarengüter, bei deren Handel der Danziger Kaufmann nahezu vollständig ausfällt. Auf keinen Fall biete der Umschlag über Danzig auch nur einen geringen Ausgleich für die schwere Schädigung, die die polnischen Maßnahmen der Danziger Wirtschaft zufügen.

Völkerbundskommissar Graf Graving

sagte, es sei seine Aufgabe, für die Aufrechterhaltung normaler Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu sorgen. Diese Aufgabe sei nicht immer leicht. Beide Parteien müßten ihn bei seiner Aufgabe unterstützen, besonders bei der Schaffung einer günstigen Atmosphäre, die zu einer befriedigenden Regelung der Beziehungen notwendig sei.

Graving das Vertrauen des Rates

aus. Auf die Angriffe, die in der polnischen Presse gegen Graving gerichtet worden sind, antwortend, erklärte Eden, er gebe der Erwartung Ausdruck, daß die Presse sich eine gewisse Zurückhaltung auferlege und nicht eine Sprache gebrauche, die nur dazu dienen könnte, die Lage zu erschweren und die Aufgaben des Völkerbundskommissars noch weiter zu komplizieren.

Der Berichterstatter Unterstaatssekretär Eden sprach mit einem kurzen Dankeswort des Ratespräsidenten an alle Beteiligten wurde die Verhandlung über Danzig geschlossen.

Theaterprobe mit Hitler.

Die Nazisparteien des neuen Landtags exerzieren.

Am Donnerstagvormittag trat die neue Nazispartei des Landtags zu einer Fraktionsübung im Landtag zusammen. Sie wurde alsbald von Herrn Hitler ins Hotel Märsch befohlen, wo sie unter Heilrufen eine Rede Hitlers anhörte. Ueber den Inhalt dieser Rede, soweit sie Inhalt gehabt hat, berichtet ein offizieller Bericht:

„Die nationalsozialistische Bewegung habe nicht dreizehn Jahre gefampt, um die Politik des heutigen Deutschland in irgendwelchen Koalitionen fortzuführen. Der Kampf werde nicht geführt, um Ministerposten zu belegen oder um jeden Preis in eine Regierung einzutreten. Die Breitenfraktion sei die Gruppe, mit der die Endschlichtung geschlagen werden könne. Die Nationalsozialistische Partei werde ihre Politik nur von eisernen Überlegungen leiten lassen. Die Hoffnung der Gegner, daß sie die Reizen verlieren würde, sei trügerisch.“

Nach diesem Appell vor dem Hof wurden die Nazisparteien wieder in den Landtag befohlen, wo sie von Rube einbezogen wurden. Hier ist der offizielle Bericht darüber:

„Nach Schluß der ersten Fraktionsübung der nationalsozialistischen Fraktion des neuen Preussischen Landtags erschienen die 162 Nationalsozialisten am Donnerstagvormittag im Plenarsaal des Landtags, um ihre Plätze im Plenum kennenzulernen. Der Fraktionsführer Abg. Rube erläuterte seinen Fraktionsgenossen, von denen meilands die Mehrzahl zum ersten Male parlamentarisch tätig wird, die äußere Einteilung der Plätze im Plenarsaal, auf den Regierungsbänken und den Tribünen. Am Schluß seiner Erläuterungen und nachdem noch ein Photograph seines Amtes gewaltet hatte, betrat der erste Stellvertreter des Fraktionsführers, Abg. Scholz, die Ministertribüne und brachte von dort aus ein dreifaches Heil auf Adolf Hitler aus, in das die 162 Abgeordneten, unter denen sich auch Prinz August Wilhelm befand, lebend einstimmten.“

Die Geschichte eines Präsidenten.

Soelling, der Jude und Republikaner a. D., moralisch abgeurteilt.

Im Soelling-Prozess wurde der angeklagte Redakteur des „S-Mittelsblatts“, Hirsch, zu 500 M. Geldstrafe verurteilt.

Beweisaufnahme und Urteilsbegründung wozu für Soelling moralisch vernichtend.

Die Verhandlung im Besetzungsprozess des Landgerichtspräsidenten Soelling gegen den Redakteur Hirsch, reich an dramatischen Momenten, hatte ihren Höhepunkt in den Aussagen der Landtagsabgeordneten Heilmann und Frau Wellmann.

Nach längeren Auseinandersetzungen über den Umfang der Beweisaufnahme beschließt das Gericht, vorläufig den

Landtagsabgeordneter Heilmann

zur hören. Der Vorsitzende richtet an den Zeugen die Frage, ob es ihm bekannt sei, daß Landgerichtspräsident Soelling sich bei seinem Wunsche, den Posten beim preussischen Disziplinarkollegium zu erhalten, mehr von wirtschaftlichen oder von idealen Gesichtspunkten habe leiten lassen.

Heilmann erklärt: Justizminister Am Jahnhoff wandte sich eines Tages an mich mit dem Ersuchen, ihm einen ausgesprochen republikanischen Richter als Hilfsarbeiter für das Justizministerium zu empfehlen. Ich konnte damals Soelling nicht. Er wurde mir aber vom Verwaltungsgarichtspräsidenten Kroner als treuer Republikaner bezeichnet, ich empfahl ihn dem Minister Am Jahnhoff. Dieser ließ sich Soellings Akten kommen und sagte mir, daß diese ein ganz vorzügliches Bild von seiner Tätigkeit gäben hätten. Die Berufung Soellings fand auf Grund seiner Tüchtigkeit statt. Doch kurz vor dem Tode Am Jahnhoffs erhielt

ich von ihm einen Brief, in dem er sich dafür bedankte, daß die sozialdemokratische Fraktion niemals in die Freiheit seiner Entscheidungen eingegriffen habe. Einige Jahre später sagte mir ein ehemaliger Justizminister Schmidt, daß er Soelling für das Amt des Präsidenten beim Landgericht I in Bochum zu bringen beabsichtige. Es beständen allerdings gewisse Schwierigkeiten wegen seiner ehelichen Verhältnisse. Ich erklärte mich selbstverständlich damit einverstanden. Es konnte nur wünschenswert sein, daß ein tüchtiger Republikaner einen derartig wichtigen Posten erhalte.

Soelling erhob gegen diese Berufung Einspruch, sowohl mündlich wie schriftlich

erklärte er mir, daß ihm das Gehalt nicht genüge. Die Ernennung wurde vollzogen, Justizminister Schmidt und auch andere erklärten sich zu einem Ausgleich bereit. Soelling besuchte mich wiederholt und war die Frage auf, ob nicht die Zusammenlegung der drei Berliner Gerichte beschleunigt werden könnte. Er wollte Oberpräsident werden und äußerte die Befürchtung, daß bei einer anderen Regierungsanstellung eine Zusammenlegung der Landgerichte dazu führen könnte, daß er zur Disposition gestellt werden würde. Ich war stets für eine Zusammenlegung der drei Landgerichte und äußerte mich in diesem Sinne auch in meiner Rede zum Justizetat im Landtag. Ich hielt es aber für ausgeschlossen, daß Soelling so rasch zum Zuge kommen sollte.

Der Vorsitzende will wissen, wie es mit Soellings Bewerbung um den

Posten beim Disziplinarkollegium

mar. Heilmann: Ministerpräsident Braun war gegen eine Neu-Befolgung des Postens eines Präsidenten des preussischen Disziplinarkollegiums

Mitgliedern des Kabinetts, daß die gegenwärtige Zeit höchster innerparteilicher Spannung für die Rückkehr der Kronprinzen denkbar ungeeignet sei. Die Ansicht des Kabinetts wurde dahin zusammengefaßt, dem Kronprinzen sei zu antworten, daß seiner späteren Rückkehr grundsätzliche Bedenken nicht entgegenstünden, über ihren Zeitpunkt aber das Kabinett erst später beschließen könne. Dieser Beschluß ist während der Beteiligung der Sozialdemokraten an der Reichsregierung nicht mehr gefaßt, die Erlaubnis zur Rückkehr dem Kronprinzen vielmehr erst nach dem Austritt der Sozialdemokraten aus dem Kabinett erteilt worden.“

Soweit Kabbbruch. Daß diese Niederschrift dieses hervorragenden Juristen beweiskräftig ist, wird man nicht gut bestreiten können.

Den Brief, der von Reichskanzler Stresemann in der Kabinettsitzung vorgelesen worden ist, findet man in dem Nachlassbuch leider nicht. Aber die in dem Brief veröffentlichte Antwort Stresemanns an den Kronprinzen vom 24. Oktober 1923 enthält diesen Satz:

„Das Kabinett hat ferner Kenntnis genommen von Ihrer Erklärung, daß Sie Ihren Wohnsitz in Delft nehmen werden und weiter von der Erklärung betreffs Fernhaltens von politischer Betätigung. Ueber diese Erklärung, die noch im einzelnen zu formulieren ist, wird Ihnen noch eine spezielle Benachrichtigung zugehen, die diese Fragen erledigen wird.“

Was ist die Erklärung des Kronprinzen geblieben? Daß sie vorlag steht fest, auch wenn die von Stresemann vorgelesene offizielle Formulierung später unterblieben sein sollte. Das Ehrenwort eines Fürsten kann doch nicht von Formeln abhängig sein!

Reichskanzler Stresemann war bei aller taktischen Beweglichkeit und reichen Phantasie einer der subjektiv ehrlichsten Politiker, die ich kennengelernt habe. Gemeine Verschlingheit lag ihm fern. Angelegen hat er das Kabinett nicht. Was er der Reichsregierung in dieser Sache vortrug, hatte er ja auch mir schon wochenlang vorher immer wieder gesagt.

War nicht schon die überstürzte Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen ein Wortbruch? Als ich nach meinem Rücktritt die Einreise des Heren in den Zeitungen las, fragte ich in der Reichskanzlei an und es wurde mir dort gesagt, man sei nicht minder überrascht als alle Welt. Die Einreise des ehemaligen Kronprinzen sei erst für die Zeit um Weihnachten in Aussicht genommen gewesen.

Aus Stresemanns Nachlaß geht hervor, wie sehr der Reichspräsident Ebert über die plötzliche Rückkehr des Kronprinzen, die den Kabinettsberatungen widersprach, erbittert war. Er fühlte sich getäuscht.

Stresemann und Ebert sind tot. Der Kronprinz lebt. Mag er durch die Veröffentlichung seines entscheidenden Briefes an den Reichskanzler Stresemann sich von dem peinlichen Vorwurf des Wortbruches reinigen, wenn er kann!

So geht das nicht!

Zum Vorgehen des Ministerialdirektors Brandenburg in Genf.

Die gesamte Rechtspresse bemüht sich, die Vorgänge im Genfer-Unterausschuß für Luftfahrt, über die wir in der gestrigen Abendausgabe ausführlich berichtet haben, zu einer Propagandaaktion gegen die Brouckäre und damit gegen die internationale Sozialdemokratie zu verperlen. Um den persönlichen Mißerfolg des Ministerialdirektors Brandenburg, der übrigens den Nationalsozialisten nahesteht, zu vertuschen, macht sie daraus bedenkenlos eine politische Niederlage Deutschlands. Aus einer — übrigens vermeidbaren, aber vom deutschen Delegierten mutwillig erzwungenen — Abstimmung über eine technische Frage macht sie eine prinzipielle Festlegung der Konferenz auf die einseitigen Bestimmungen des Versailler Diktats. Der Tatbestand ist indessen ganz klar: der deutsche Delegierte hat versucht, in einer schlichten Kommission eine juristisch-politische Entscheidung zu erzwingen und ist dabei heringefallen. Um seine selbstverschuldete Niederlage zu vertuschen, hat er die deutsche Presse gegen die Brouckäre aufzubringen versucht, was bei der nationalsozialistischen Einstellung der meisten Korrespondenten ein leichtes war. Wer die Brouckäre kennt, wird wissen, wie geradezu grotesk die Behauptung anmutet, daß er sich zum Vorführer abrüstungseindlicher Tendenzen gemacht haben könnte.

Allein die Tatsache, daß nicht nur die Vertreter Amerikas, Englands und Italiens, sondern auch alle Delegierten der neutralen Staaten, wie Spanien, Holland, die skandinavischen Länder, die Südamerikaner um gegen den deutschen Antrag gestimmt haben, bildet den besten Beweis dafür, daß der deutsche Vertreter ungeschickt operiert hat. Oder will etwa die deutsche Delegation behaupten, daß sich alle diese Staaten zu Verteidigern des französischen Militarismus gemacht haben, gegen den allein Deutschland, Rußland und die besiegten Länder mutig kämpften?

Das Vorgehen Brandenburgs in Genf ist ein Musterbeispiel dafür, wie man es nicht machen darf — es sei denn, daß man aus rein propagandistischen Gründen konsequent darauf hinausgeht, Deutschland bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über rümpfen zu lassen.

Wir fragen: Entspricht diese Taktik den Anweisungen des Reichskanzlers Brüning, der bekanntlich auch Außenminister ist? Oder fühlen sich die deutschen Herren in Genf bereits als Beauftragte einer kommenden Rechtsregierung, die an dem Scheitern der Konferenz interessiert ist?

SA. und SS. bestehen noch.

Jchhoe, 19. Mai. (Eigenbericht.) Das SA- und SS-Verbot scheint für die Nazis an der Westküste Schleswig-Holsteins nicht zu existieren. In Hohenwessell veranfaßten sie ein Jugendtreffen, zu dem die Teilnehmer vollkommen uniformiert mit Koppeln und Schullerriemen erschienen. In geschlossenen Trupps bis zu 100 Mann zogen sie, politische Lieder singend, durch den Ort und pöbelten immer wieder Mitglieder der Eisernen Front an. Schließlich provozierten sie eine Schlägerei, umzingelten das Verkehrslokal der Arbeiter und schlugen mit Karabinerhaken die Schrauben ein. Die Wirtin, die hinter einem Fenster stand, erhielt mit einem Infanterieeinzelnen Schlag ins Gesicht, durch den sie eine stark blutende Wunde davontrug. Selbstverständlich war Polizei nicht zu sehen, trotzdem die Nazis rund 1000 frühere SA-Leute uniformiert in Hohenwessell zusammengedrungen hatten.

Kofes. Es stand die Schöpfung eines neuen Disziplinarstrafrechts bevor, schon deshalb erschien es unangebracht, einen Wechsel des Präsidiums vorzunehmen. Soelling hat mit mir über diese Angelegenheit nicht gesprochen. Er hatte bereits gemerkt, daß mir die Art, in der er die Dinge mit seinen persönlichen und Einkommensverhältnissen verwickelt, nicht paßte. Deshalb kam er nicht mehr zu mir. Ich habe ihn bei diesen Auseinandersetzungen in einer dar- artigen Aufregung gesehen, die ich nur selten erlebt habe.

Vorsitzender: Hat sich der Landgerichtspräsident jemals dahin geäußert, daß ihm die Politik der Partei mißfalle? Heilmann: Nein, er hat nie irgendwelche politischen Bedenken geäußert, auch nie irgendwelche ab- weichenden Meinungen. Deshalb hatte ich auch den Ein- druck, daß sein Austritt aus der Partei lediglich durch materielle Beweggründe bedingt war, daß es eine Reaktion auf die Ent- täuschung darüber darstellte, daß er den Posten beim Preussischen Disziplinarhof nicht erhalten hatte.

Auf eine Frage des Vorsitzenden sagt der Zeuge weiter: Landgerichtspräsident Soelling hat

wiederholt schriftlich und mündlich seine unbedingte republi- kanische Zuverlässigkeit betont.

Ihm ging sogar die Republikanisierung der Justiz nicht schnell genug. Als Rechtsanwalt Bloch aus den Ausführungen des Zeugen den Schluß ziehen zu müssen glaubt, daß das preussische Justizministerium seine Justizbeamten aus dem Sammelbecken der Sozialdemokratie bezogen habe, erhält er vom Zeugen eine nicht mißzuverstehende Abfuhr: Heilmann sagt:

Es ist kein Geheimnis, daß die großen Parteien bemüht sind, im Ministerium vertreten zu sein. Auch ist es kein Geheimnis, daß bis 1918 kein Sozialdemokrat in irgendeinem Ministerium war. Unsere Partei hat auch stets die Notwendigkeit, sozial- demokratische Vertreter in den Ministerien zu haben, ganz öffentlich bekundet.

Der Justizminister Am Jahnhoff hat sich zwei- bis dreimal an mich als Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion wegen Emp- fehlungen von tüchtigen Beamten gewandt. Das gleiche war aber bei sämtlichen Parteien der Fall. Als Rechtsanwalt Bloch wissen will, ob etwa auch Nichtregierungsparteien darunter gemeint seien, erklärt der Zeuge, daß der Deutschnationaler Deer- berg in gleicher Weise Karriere gemacht habe, wie der Sozialdemokrat Soelling. Übrigens, fügt der Zeuge hinzu, habe Soelling nach seiner Berufung zum Landgerichtspräsidenten sich bei ihm bedankt und seine republikanische Treue versichert.

Die nächste Zeugin ist die bisherige sozialdemokratische

Landtagsabgeordnete Frau Wellmann:

Für den Wunsch des Landgerichtspräsidenten Soelling, den Posten beim Disziplinarhof zu erhalten, waren neben materiellen Gründen, die für ihn im Vordergrund standen, auch andere Gründe maßgebend. Er war sehr ehrgeizig!

Vorsitzender: Hoffte er auch die Rechtsprechung in seinem Sinne beeinflussen zu können?

Zeugin: Ja, auch das. Er sagte:

es sei erforderlich, die leitenden Stellen in höherem Maße mit republikanischen Beamten zu besetzen.

Vorsitzender: Hat er sich an Sie wegen der Angelegenheit gewandt? Zeugin: Ja. Er war außerordentlich unzufrieden mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten, als er hörte, daß es mit der Angelegenheit des preussischen Disziplinarhofes nicht vorwärts kommen würde. Ich hatte ein äußerst unangenehmes Gefühl, als er immer wieder die materielle Seite betonte. Allerdings habe ich Verständnis dafür, daß er durch Alimentations- verpflichtungen an seine erste Frau materiell belastet war. Ich habe aber ihm gegenüber häufig geäußert, daß andere Beamten ein noch viel niedrigeres Einkommen haben, ja daß es Millionen Arbeiterlose gebe.

Rechtsanwalt Kies: Hat es nicht in ihren Kreisen besondere Empörung hervorgerufen, daß Herr Soelling mit dem Gehalt eines Landgerichtspräsidenten nicht auskommen zu können glaubte. Er war doch Sozialist und mußte doch soziales Empfinden haben. Zeugin: Ja. Man war gerade darüber besonders empört.

Vorsitzender: Haben Sie nicht dem Landgerichtspräsidenten Soelling unmittelbar die Mitteilung gemacht, daß er den Posten nicht erhalten würde? Zeugin: Ich hatte mit Soelling ganz zuletzt eine Unterredung, die sich lediglich auf diese Angelegenheit beschränkte. Er sagte mir, er hätte den Eindruck, daß

in der Partei gegen ihn ein Mißtrauen bestehe.

Er hat mich, mit Braun zu sprechen, über den er sich stets mit großer Verehrung äußerte. Ich fragte Braun telephonisch an. Er sagte, man habe beschloffen, den alten Präsidenten zu be- lassen; mehr könne er mir darüber nicht sagen. Am nächsten Tage unternahm Soelling, seine Frau und ich einen Ausflug nach Witten- berg. Ich magte nicht, ihm von meinem Gespräch mit Braun Mit- teilung zu machen; ich kannte seine aggressive Art und sprach deshalb mit der Frau. Diese mit ihm.

Während Soelling noch am Morgen mit größter Verehrung von Braun gesprochen hatte, wurde er am Nachmittag sehr höflich und aggressiv. Er war darauf aufgeregter und gebrauchte der- artige Ausdrücke, daß ich den Eindruck hatte, er wolle nicht, was er redete.

Vorsitzender: Hat er sich jemals früher in dem Sinne ge- äußert, daß ein abschlagiger Bescheid ihn zum Austritt aus der Partei veranlassen könnte. Zeugin: Direkt hat er das nicht ge- sagt. Aber das war der Sinn seiner Ausführungen. Ich versuchte ihm stets gut zuzureden.

Soelling: Ich gehe ohne weiteres zu, daß ich vor Brauns menschlicher Energie alle Hochachtung hatte. Rechtsanwalt Kies an die Zeugin gewandt: War es nicht vielmehr eine direkte Begeisterung für Braun als einen Staatsmann und Politiker? Zeugin: Ja, das war es. Wir waren uns auf Grund der ge- meinsamen sozialistischen Weltanschauung, und insbesondere auf Grund gemeinsamer pazifistischer Anschauungen einander nähergekommen. So war er z. B. mit mir in der Frage des Panzer- kreuzes A vollkommen einverstanden.

Rechtsanwalt Kies, begründend auf die Behauptung des Landgerichtspräsidenten Soelling, daß er zum Austritt aus der So- zialdemokratischen Partei auch durch deren Stellungnahme zur Wehr- haftigkeit des deutschen Volkes veranlaßt worden sei: Hat er von der Verminderung der Wehrhaftigkeit durch die So- zialdemokratie nie gesprochen? War das nicht mit ein Grund zum Austritt aus der Partei? Zeugin: Nein. Ich bin überzeugt, daß er nicht aus der Partei ausgetreten wäre, wenn er den Posten beim preussischen Disziplinarhof erhalten hätte.

Soelling macht längere Ausführungen über seine Stellung zum Militarismus und Positivismus und bekennt sich zum alten preussischen Begehren. Die Zeugin erklärt auf Befragen, daß sie erst am jenem Abend den Landgerichtspräsidenten Soelling richtig kennen gelernt habe. Er sei ihr als nicht normal vorgekommen. Sie habe gefürchtet, man würde ihn fortbringen müssen.

Debaheim-Schweigegelder.

Die angeklagten Debaheim-Direktoren bezogen, allein 500000 RM. an „Schweigegelder“ gezahlt zu haben.



Die Empfänger der Schweigegelder (singen): „O, daß ich tausend Zungen hätte und einen tausendfachen Mund . . .“

Die spanischen Syndikalisten.

Eine Erklärung der Syndikalistischen Internationale und unsere Erwiderung dazu

Zu dem Bericht „Die spanische Republik wehrt sich“, der in der gestrigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht wurde, teilt uns das Sekretariat der Internationalen Arbeiter-Association (Syndikalistische Internationale) mit, daß die „Syndicatos unicos“ die syndikalistischen Gewerkschaften Spaniens sind, die Primo de Rivera aufgelöst hat, und gegen die er jene berüchtigten „Syndicatos libres“ ins Leben rief, die einen monarchisti- schen und reaktionären Charakter trugen. Die bei Proklamierung der spanischen Republik verschwundenen „Syndicatos libres“ arbeiten heute wieder geheim mit den monarchistischen Verschwörern zusammen.

Bei den monarchistischen Verschwörungen, von denen der „Vor- wärts“ spricht, handelt es sich um diese „Syndicatos libres“, die monarchistischen Gesellschaften, nicht aber um die „Syndicatos unicos“, die syndikalistischen Verbände.

Wir geben diese Erklärung der Syndikalistischen Internationale logischerweise wieder, möchten aber nicht verfehlen, darauf hinzu- weisen, daß jene Gewerkschaften, die hier in Schutz genommen werden, ein ungeheures Maß an Schutz an dem Wieder- erstarken der spanischen Reaktion tragen. Diese Verbände, die anarchoistische Tendenzen verfolgen, haben einen blutigen Streit nach dem anderen seit der Erklärung der Republik entfesselt, sowie zahllose Bombenanschläge verübt und Revolten organisiert. Sie haben dadurch nicht nur die republikanische Regierung zu Abwehr- maßnahmen gezwungen, sondern das Bürgertum immer mehr in die Arme der Monarchisten zurückgedrängt. Sie werden dabei von den Kommunisten unterstützt, trotz der bekannten Gegensätze zwischen Bolschewismus und Anarchismus und trotz der grausamen Ver- folgungen, denen in Rußland die Anarchisten ausgesetzt sind.

Es wiederholt sich somit in Spanien, durch die Schuld der Syndikalisten, die gleiche Tragödie, die die deutsche Republik im Jahre 1919 durch die Schuld des Spartakusbundes erleben mußte.

Das Verhalten der spanischen Syndikalisten ist um so verwerflicher, als sie sich unter der siebenjährigen Militärdiktatur Primo de Rive- ras mühsam menschenförmig verhalten hatten und erst ihren „Mut“ unter der republikanischen Regierung fanden — weil eben viel weniger Mut dazu gehörte, gegen sozialistische Minister zu putzen, als gegen Generäle. Das Bürgertum aber sieht vor allem die Lastfahne, daß unter Primo alles viel ruhiger war als unter der Republik und schaut sich nach den früheren Zuständen zurück. Damit leisten die spanischen Syndikalisten die beste Pro- paganda für den vertriebenen Exkönig Alfons, genau so wie die putzenden Sportlisten nach der deutschen Revolution die Geschäfte der Militaristen und Monarchisten besorgt haben.

700 Bomben beschlagnahmt!

Madrid, 19. Mai.

Nach einer Mitteilung des Innenministeriums, hat die Polizei von Sevilla im Stadtviertel Santa-Cruz eine Bomben- fabrik ausgehoben.

700 Sprengbomben sind beschlagnahmt

morden. Das gesamte Personal wurde verhaftet. Man glaubt, daß es sich um die Vorbereitungen für den revol- utionären Streik handelte, der vom Allgemeinen Arbeiter- verband für heute, den 19. Mai, angekündigt war. Die Polizei in Sevilla ist verläßt worden.

In der Auslandspresse wird über Unruhen berichtet, die sich in Madrid anlässlich eines Transportarbeiteraus- standes ereigneten. Dazu ist festzustellen, daß es sich lediglich um einen Proteststreik aller der Verkehrsorganisationen handelt, die Automobile benutzen, der als Protest gegen die vor etwa drei Wochen von der Regierung festgesetzten Steuern auf Automobilbetriebsmittel gedacht ist. Dem Streik haben sich auch die Mietautobesitzer angeschlossen. Zu Unruhen ist es bisher noch nicht gekommen.

Das Urteil.

Nach einer mehrstündigen Beratung verurteilte das Gericht in später Abendstunden den Redakteur Hirsch wegen fort- gesetzter über Redakteur in Tateinheit mit Beleidigung des Land- gerichtspräsidenten Soelling zu einer

Geldstrafe von 500 Mark.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß der Beweis nicht erbracht worden sei, daß Soellings Wechsel von Namen und Glaube und daß sein Eintritt in die SPD. im September 1918 aus spekulativen Gründen erfolgt sei.

Das Gericht halte es aber für erwiesen, daß der Nebenkläger Soelling aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten sei, weil er den erstrebten Posten des Präsidenten am Disziplinar- hof nicht erhalten habe.

Syntactisch seiner Erklärung, daß er nur aus idealen Ge- danken diesen Posten erlangen wollte, habe das Gericht erheb- liche Bedenken, da Soelling ebenfugot als Beisitzer auf einem Posten, den er schon erhalten hatte, wie als Präsident die Rechtsprechung verbessern konnte. Seine Behauptung, daß er mit Hilfe der Sozialdemokraten diesen Posten erlangen wollte, um eine Rechtsprechung herbeizuführen, die nicht im Sinne der Sozialdemokraten liegen konnte, sei an sich auch reichlich widersprüchlich. Wenn Soelling zwei Tage nach dem Scheitern des Versuchs, Disziplinargerichtspräsident zu werden, aus der Partei ausgetreten sei, so könne man daraus seinen anderen Schluß ziehen, als daß diese Lastfahne seinen Austritt veranlaßt habe.

Die weiteren Behauptungen des Urteils, daß Soelling die Partei verlassen habe, weil er keinen Nutzen mehr von ihr erwarten konnte, und daß er aus Karrieregründen deutschna- tional geworden sei, seien nicht bewiesen worden. Das Ge- richt habe von dem Nebenkläger den Eindruck gewonnen, daß bei seinem Parteischwechsel keine rationalen Überlegungen bestimmend gewesen seien, sondern nur Ketzergerung über die Lastfahne, daß sich die Sozialdemokratie nicht genügend für ihn eingesetzt hatte. Das sei nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme zumindest festgestell- worden.

Bei dem Vorfall in der nationalsozialistischen Versammlung im Sportpalast habe das Gericht festgestellt, daß Soelling der Versamm- lung in einer für einen Landgerichtspräsidenten merkwürdi- gen Kleidung, im Sportkleid, teilgenommen habe und

den Faschistengruß mitgemacht habe. Dagegen seien die Behauptungen der Zeitung, daß er „heil Hitler“ und „Deutschland erwache“ gerufen und dadurch den Nationalsozialismus gebilligt habe, nicht erwiesen.

Die Affäre des Richters Hüdinghaus habe das Gericht nicht weiter beschäftigt, da die Wahrheit über Annahme der Behaup- tungen für diesen Prozeß unerheblich wäre. Allerdings könne das Gericht nicht billigen, daß ein Richter einen untergeordneten Richter irgendwie politisch zu beeinflussen versucht.

Sächsischer Justiz.

Ein hartes Urteil für eine Bloffe.

Das Amtsgericht Chemnitz verurteilte den Redakteur der sozial- demokratischen Chemnitzer „Volksstimme“ Frenzel wegen angebli- cher Beleidigung des Chemnitzer Polizeipräsidenten auf Antrag der Staatsanwaltschaft zu vier Wochen Gefängnis.

Das Chemnitzer Polizeipräsidium hatte im März des vergange- nen Jahres ein Versammlungsplakat der Chemnitzer Sozialdemo- kratie mit der Ueberschrift „Nieter, legt euch zur Wehr“ mit der Begründung verboten, eine solche Ueberschrift wirke aufreizend. Ueber diese sonderbare Einstellung des Chemnitzer Polizeipräsidiums hatte ein auswärtiger Schriftsteller für die Chemnitzer „Volks- stimme“ eine Bloffe in sächsischer Mundart in der Form eines Zwie- gesprächs geschrieben. Darin erblickte das Gericht die Beleidigung.

Wie unerhört hart das Urteil ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß wenige Tage vor der Verurteilung des sozialdemokratischen Redakteurs ein Nationalsozialist, der den verstorbenen Minister Stresemann einen „Sünder, Vaterlandsverräter und Lumpen“ ge- nannt hatte, mit nur 50 Mark Geldstrafe belangt wurde.

Von der Komintern ausgeschlossen wurde der Führer der briti- schen Kommunisten, Murphy, weil seine Ansichten über die Sowjetregierung und den Fünfjahresplan nicht mehr dem Stand- punkt der Partei und der kommunistischen Internationale ent- sprächen.

100 Millionen Kronen für öffentliche Kostendarstellungen in Dänemark. Der dänische Handelsminister Hauge hat die Ausgabe von etwa 100 Millionen öffentlicher Obligationen angekündigt, die hauptsächlich zu Darlehen für kommende Kostendarstellungen verwandt werden sollen.

Von der Spree zur Elbe

Eine Fahrt in den Frühling

Langes Kurzbuchstadium, langes Ertragen und Abwägen. Entweg zum Bahnhof zum Kartenkauf, unruhige Nacht vor der Fahrt, unausgeschlafen zum Bahnhof, müder Kampf um einen Sitzplatz, fürchterliche Temperatur im Weil, Halten des Zuges an jeder kleinsten Station, das alles und noch mehr ist eine Frühlingsfahrt mit der Bahn. Welch Glück, wenn einem am Telefon unermüdet die Stimme des Freundes entgegenläuft: „Du, müßt du zu Pfingsten im Auto mit? Ein Tag ist gerade noch frei — Nach Dresden und in die Sächsische Schweiz! — Sonnabend Punkt ein Uhr geht es los!“ Natürlich sagt man ja.

Ein Zug muß um ein Uhr abfahren, beim Auto kann es auch halb zwei Uhr werden. Das schadet nichts. Das wird her noch wieder eingeholt. Der Mann am Steuer macht das Spielend. Es dauert aber jedoch eine gewisse Zeit, ehe man sich von der Stadt gelöst und freie Fahrt hat. Da hat es eben die Bahn besser. Aber plötzlich fahrt man über die Grenze Berlins und ist in den Kiebsfeldern. Die bieten bei Groß-Seen eine unerwartete Ueberraschung. Tausende von Apfelbäumen säumen die durch die Felder gehenden grünen Rosenwege, und auf der Heimfahrt, d. h. am Dienstag, standen alle diese Apfelbäume in üppigster Blüte. Eine Baumblüte, die kein Mensch in Berlin kennt und vermutet und die, obwohl sie ganz zauberhaft wirkt, keine hundert Menschen hinauslocken wird. Es sollte aber trotzdem probiert werden, denn nicht immer riechen die Kiebsfelder unangenehm.

Arme Autofahrer!

Man soll eine Autofahrt nicht vor dem Ende loben. Auf der Hin- und Rückfahrt ging es über Jossen, Baruth, Gollern, Ludau, Finsterwalde. Waren die Chausseen in der Provinz Brandenburg auf dieser Strecke größtenteils recht gut, so waren sie im Freistaat Sachsen ausgezeichnet. Mit Verwunderung stellt man aber in Brandenburg immer wieder fest, daß die Dörfer heute wie vor 50 Jahren offenbar nicht für würdig befunden wurden, ein anständiges Pflaster zu haben. Ist die Chaussee gut, so ist die Fahrdecke in den Dörfern sehr oft unter aller Kritik. Man könnte meinen, das gelte mit Absicht, um die Fahrer zu veranlassen, in den Dörfern langsamer zu fahren. Warum aber, so muß man fragen, gibt es so schauerhafte Fahrdecke nicht in den Dörfern des Freistaates Sachsen? Die Aufsicht ging über Eißnerwerda, Liebenwerda, Herzberg, Jüterbog, Ludauwalde und Trebbin. Was jedoch auf dieser Strecke, die zu den Provinzen Sachsen und Brandenburg gehört, dem Automobilisten zugemutet wird, spottet oft jeder Beschreibung. Die fürchterlichen, selbst von der Reichswehr längst preisgegebenen Sommerwege machen es vielfach unmöglich, daß sich auf der eigentlichen Fahrstraße zwei Wagen ausweichen können. Selbst ein Lederhaken macht Schwierigkeiten, da in diesem Falle beide Wagen teilweise auf den Sommerweg müssen. Unauswählbar wechselt die Art der Straßenbedeckung. Es gibt Strecken, die aussehen, als seien sie aus dem Mittelalter auf unsere Zeit gekommen. Während man aber die zuletzt genannten Chausseen sich immerhin noch durch aufgeräumte, wohlgepflegte Baumbestände auszeichnen, der keineswegs die Fahrbahn beeinträchtigen, machen die Chausseen, die für die Hin- und Rückfahrt genannt wurden, einen oft niederdrückend trübseligen amerikanischen Eindruck. Die alten prächtigen Baumbestände wurden rücksichtslos abgeholzt, die neuen sind klein und niedrig. Trotzdem kein Platz für Radfahrer und Fußgänger. Man ist froh, wenn man von derartigen Chausseen, die offenbar in höchst einseitiger Weise nur das Auto kennen und bevorzugen wollen, wieder herunter ist. Im Freistaat Sachsen hat man ein ganz anderes Bild, prächtige Kirch-, Apfel- und Birnbaumreihen säumen die Chausseen. Eine Chaussee mit üppig blühenden Birnbäumen, wie wir sie bei Dresden fanden, dürfte in ganz Brandenburg nicht zu finden sein.

Dörfer und Städtchen im flachen Land.

Die Kleinstädte der Mark und der Provinz Sachsen machen durchweg einen erstaunlich sauberen und freundlichen Eindruck, wenn es auch Sehenswertes in ihnen kaum gibt. Straßen und Plätze sind „im Interesse des modernen Autoverkehrs“ fast immer ihres reizvollen Baum Schmuckes beraubt worden; sie sind kahl, nüchtern und langweilig. Der Bodenarbeiter würde hier im Südosten der Mark ziemlich enttäuscht werden. Auffallend ist der Unterschied zwischen Industrie- und Landstadt. Die Landstadt noch immer, auch am Tage, im tiefen Schij. Hakenkreuze über Hakenkreuze zeigen hier wie in fast allen Dörfern die Friedhöfe deutsche Kultur und deutscher Gesittung deutlich an. Aber in den Städten und Städtchen des niederlausiger Bergbau- und Industriegebiets ist es lebendig. Hier sieht man, was in der Kleinstadt selten zu sehen ist: Baden einer Konsumgenossenschaft. In Finsterwalde z. B., das in Berlin lediglich durch den alten Schlagertort von den Sängern bekannt geworden ist, pulst reger Verkehr durch die ganz großstädtisch angelegten Straßen. Vor jedem größeren und mittleren Geschäft sieht man, wie in vielen niederlausiger Städten, eiserne Ständer zum Befestigen der Fahrräder, denn das Fahrrad spielt als Verkehrsmittel hier eine große Rolle. Die Schaufenster sind vollkommen modern hergerichtet und ausgestaltet. Und wenn hier nationalsozialistisch und deutschnational auch Trumpf ist, von der immer wieder betonten deutschen bzw. völkischen Eigenart ist nichts zu spüren. Im Gegenteil, jung und alt bemüht sich, die letzte internationale Mode zur Schau zu tragen.

Bis nach Ludauwalde, Jüterbog und Baruth streckt Berlin schon seine Fühler aus und in 20 Jahren wird man von Berlin bis zu diesen Städtchen nur zwischen den die Siedlungen abgrenzenden Säumen fahren. Hat man den Grenzwall des Fläming hinter sich, so rollt der Wagen durch die Provinz Sachsen. Ackerland, so weit der Blick reicht. Unabsehbare Flächen, denen jeder Baum und jeder Strauch fehlt. Das Auge irrt ruhelos. Die rationelle Landwirtschaft hat zur vollkommenen Kultursteppe geführt. Die Dörfer ohne Eigenart und Besonderheit. Wohnhäuser, Ställe und Scheunen sauber und neu. Kernlich sieht hier nichts aus. Man hat jedenfalls Geld gehabt, um alles gut instand zu setzen. Die höhlenartigen Glendgestalten der Großstädte sieht man nirgends. Und dennoch wird auf den Staat geschimpft und geflucht, und man gewinnt den Eindruck, als ob man es nicht mit selbstloser Staatsbeherrschender Bevölkerung, sondern mit heimtückischen und egoistischen Anarchisten zu tun hat, die es eher je lieber umherzuziehen und alles ruinieren möchten.

Und dann erheben sich plötzlich am Horizont die ersten Berge. Die „richtigen“ Berge, die anders sind als die märkischen, die Berge, die Vorposten sind für das Gebirge. Immer näher kommen sie und der tiefe Summen des Motors zeigt an, wie stark die Straße steigt.

Plötzlich ist dann eine Höhe erreicht, von der der Blick in ein tief unten liegendes reich angebautes Tal geht. Und darüber hinaus neue Berge, höhere und mächtigere als die bisher erreichten. Und so schön die Mark in vielen Teilen ist, die erregenden Gegenläge von Berg und Tal im Gebirge sind unvergleichlich. Wir sind in Saubitz, schon ganz nahe der tschechischen Grenze. Durch die Herstellung künstlicher Blumen hat das Städtchen Wellen erlangt. Nach einer Stunde, da reißt auf einer Höhe der Horizont auseinander. Vor dem überraschten Auge liegt das Eibtal, Pillenstein, Königstein, die gewaltigen Felsklänge, ein riesiges Gebirgsparadies. Tausende von Berlinern fahren alljährlich nach Sachsen, aber den Weg über Sebnitz kennen sie nicht. Der Zauber eines Gebirgslandes besiegt die Ebene. Berlin ist vergessen, liegt nun wirklich in der Ferne. Es ist einfach nicht mehr da.

Niemand möge behaupten, die Sächsische Schweiz zu kennen, er sei denn Woche um Woche durch sie gegangen und gefahren. Sie ist und bleibt für Mitteldeutschland die großartigste Gebirgszone, die auf einen natürlich empfindenden Mensch immer wieder ihre

starken Reize ausstrahlt. Mit ihren bizarren Felsgestalten eine Rätselwelt für den Laien. Kein Geringerer als Wilhelm Bölsche erklärt in seinem prächtigen, unbedingt lesenswerten Büchlein „Ermannerte deutsche Geologie: Die Sächsische Schweiz“ (Verlag J. H. W. Neugebauer) dieses Berg- und Felsenland als „eines der wertvollsten Gebirge der Welt“ und lobt es weiter als ein „Wunderwerk der Natur“. Und in der Tat, kein deutsches Mittelgebirge kann sich mit diesen wilden phantastischen und oft geradezu unheimlichen Felsbildungen messen. Der Gedanke des Wanderers, ob man denn diese steilen Schyaffen auch erklimmen könnte, ist kaum gedacht und schon verwirrt er sich. Plötzlich sieht man um eine Felskante liegend, über sich in 60 Meter Höhe einen Kletterer am Felsen hängen. Allsonntags gehen aus Dresden und anderen sächsischen Städten regelrechte Bergtraktierkolonnen aus, die hier ihrer alpinistischen Vorliebe nachgeben.

Nur zwei Tage des Verweilens waren uns vergönnt. Und wenn wir aus den Fenstern unseres hübschen Zimmers hoch über dem Städtchen Königstein schauten, das ein arbeitsloser Genosse vermietet, dann sahen wir tief im Tal die große Wälschleise, sahen am anderen Ufer unter dem Pillenstein das Heim der „Naturfreunde“ mit lustigen Felsen davor und dem Gemimmel fröhlicher Jugend. Hinter uns aber, nur 30 Minuten Gehzeit, lag Göhrlich mit dem August-Bebel-Heim, in dem unsere treusorgende Arbeiterwohlfahrt Proletarierkinder zu Gesundheit und Lebensfreude verhilft.

Die „aufgelöste“ SA.

Was Pfingstausflügler beobachteten!

Von parteigenösslicher Seite wird uns über Ergebnisse in der Umgebung Berlins geschrieben:

Am Himmelfahrtstage berührten wir auf unserer Wanderung auch den Wald zwischen Brieselang und Finsterkrug. Neben den ja beinahe sprichwörtlichen Naturschönheiten gab es aber noch etwas anderes weniger Ergreifliches zu sehen: 15 berittene SA-Leute auf tadellosen Reispferden!

Die SA aufgelöst? Diese 15 in voller Uniform durften unter der Führung ihrer Chefs, denen man die Referveoffiziere schon von weitem ansah, munter unterwegs sein. Vorüberkommende, anscheinend Anzügler, begrüßten die Reiter mit lautem Heil Hitler!, was von diesen stramm militärisch beantwortet wurde.

Bei Seddin mußten wir in der Drilshalt Wittenbruch die Feststellung machen, daß die SA offenbar auch dort noch nicht aufgelöst war! Zwei Lokale waren im Ort, und beide hatten SA-Einquartierung! In beiden Lokalen hatte die SA die Tanzsäle für sich in Anspruch genommen. Hier lagen gut ausgerichtet die gepackten Turnister. Am Saaleingang stand eine Wache von 3 Mann. Wir schauten in den Saal, die Wache ließ uns gewähren, begrüßte uns aber mit Heil Hitler! Diesen Gruß beantwortete unschwerflich nur ein Lächeln, worauf die Saaltür geschlossen und ängstlich gebührt wurde.

Gegen 5 Uhr ertönte ein kurzes Signal. Nun hatten wir Gelegenheit, ein militärisches Schauspiel zu erleben. Im Lauffschritt traten die SA-Leute an. Alles ausgelacht stramme Burschen, keiner unter 1,80 Meter. Der Kommandierende ließ ausrichten und stillstehen. Ganz wie beim Militär, nahte sich jetzt eine zweite „Brühe“. Der Gewaltige, der hatte antreten lassen, machte eine stramme militärische Meldung, das Kommando übernahm der zuletzt gekommene, denn schon war der „Oberstkommandierende“ in Sicht. Es wiederholte sich dasselbe Spiel. Nachdem die Kommandogewalt abgegeben war, kam eine kurze Ansprache und ein dreifaches „Heil Hitler!“ auf den Befehl. In Gruppen links schwenkt marsch, dann legte sich die ganze Gesellschaft im Gleichschritt in Bewegung, der Anführer mit Klempererlächeln und Kartentische vorweg. Alle waren einheitlich gekleidet: Schaffpfeife, braune Hosen, Kletterweste, einheitliche blaue Mägen. An der linken Seite trugen alle ein feststehendes Messer in

brauner Lederscheide. (Entermesser.) Die letzten unsrer Gruppen führten sogenannte Übungsgewehre mit sich.

Wir fragen: Ist die SA aufgelöst oder nicht?

SA-Berber festgenommen.

Weiter erfahren wir zu dem gleichen Thema: Trotz des Verbotes scheint die SA weiterzubestehen. Ueberall kann man die halbuniformierten SA-Leute sehen. Die Nichtachtung der Befehle geht schon soweit, daß sie auf die Höfe der Häuser gehen und dort im Sprechchor unnerfroh zum Eintritt in die verbotene SA auffordern. Ein solches Trio erschien gestern nachmittag auch auf dem Hof des Grundstücks Wormser Straße 9 in Charlottenburg und leierte sein Lied herunter. Ein Bewohner des Hauses rief die Polizei herbei, und ehe sie es sich versehen, waren die drei Hitlergardisten festgenommen. Sie wurden der Politischen Polizei übergeben. Das Schnellgericht wird sich nach den notwendigen Feststellungen der Politischen Polizei weiter mit ihnen befassen.

In Steglitz, von jeder das Dorado aller Hitlerknechte, sieht man sogar zehnjährige Kinder auf die Bettelhour. Mit einem kleinen blauen Heft bemalnet „Klappern“ die Kleinen Haus für Haus ab, natürlich nur die Bordcaufgänge, versteht sich, und bitten um Unterstützung für die Hitlerjugend. Ganz besonders rege war diese widerliche Bettelerei kurz vor Pfingstfest. Es wäre gut, wenn man auch in Steglitz mehr nach dem Rechten sehen würde, denn es möhen nicht nur Hakenkreuzler dort.

Schändlicher Selbstmordkandidat.

Neubrandenburg, 19. Mai.

Ein junger Mann hatte sich aus Liebeskummer mit einem Revolver eine Fleischwunde beigebracht. In der Nähe der Zirkuswähe legte er sich später vor den Gilzug, um den Tod zu erwarten, aber der Jungfänger brachte den Zug zum Stehen. Dann sprang der Lebensmüde in einen Fluß, ebenfalls ohne den gewünschten Todeserfolg. Als er später noch einmal die Schienen aufsuchte, wurde er auch hier wieder verschluckt.

Halpaus

Rarität

Zwei Dinge machen sie besonders vorteilhaft:

extra mild - starkes Format.

Jetzt mit hochinteressanten Völkerschau-Bildern!



717 vom „Philippard“ gerettet.

50 Passagiere wahrscheinlich verbrannt.

Neu York, 19. Mai.

Das Londoner Büro der französischen Schiffahrtsgesellschaft „Messageries Maritimes“ teilt mit, daß die Zahl der geretteten Passagiere und Mitglieder der Besatzung des verunglückten Dampfers „Georges Philippard“ gegenwärtig 717 beträgt. Da sich zur Zeit der Katastrophe 767 Personen an Bord befanden, muß man demnach mit 50 Verunglückten rechnen.

Der erste Bericht des Kapitäns des „Philippard“ ist am Donnerstagnachmittag in Paris eingetroffen und am Abend von dem Minister für öffentliche Arbeiten bekanntgegeben worden. Der Kapitän teilt mit: Am 16. Mai um zwei Uhr morgens habe ihm ein Passagier mitgeteilt, daß ein Brand in einer Kabine auf dem D-Deck ausgebrochen sei. Trotz Inbetriebnahme aller Feuerlöschvorrichtungen habe sich der Brand ungeheuer schnell ausgebreitet. Er habe darauf stoppen und Befehl zum Räumen des Schiffes geben lassen. Zahlreiche Passagiere des D-Decks hätten infolge der schnellen Ausbreitung des Feuers nicht mehr die Kabinen verlassen können und seien darin umgekommen. Einige seien durch die Bullaugen ins Meer gesprungen und gerettet worden. Dann sei es gelungen, sechs Rettungsboote zu Wasser zu bringen. Wenn die ungeheure Schnelligkeit der Ausbreitung des Feuers nicht gleich zu Beginn Opfer gefordert hätte, wären alle Passagiere gerettet worden.

Wechselfabrik ausgehoben!

Zwei raffinierte Gauner entlarvt.

Von der Dienststelle IV 1 des Berliner Polizeipräsidiums ist ein umfangreicher Schwindel mit Wechseln aufgedeckt worden. Anweil des Alexanderplatzes wurde eine „Wechselfabrik“ ausgehoben, die massenweise ungedeckte Wechsel an zahlungschwache Firmen in der Provinz ausgab. Die Schadenssumme dürfte den Betrag von 60 000 M. weit übersteigen.

Die Kriminalpolizei beobachtet seit längerer Zeit schon zwei Männer, die sich Kaufleute nannten und schon bei verschiedenen Wechselgeschäften genannt wurden. Häufig fanden die beiden vor Gericht, wurden aber jedesmal freigesprochen. Den Kriminalbeamten war aufgefallen, daß in dem Haus der beiden „Kaufleute“ Ganoven verkehrten, die die Polizei schon lange kannte. Die beiden Betrüger hatten sich in der Nähe des Alexanderplatzes eine Wohnung gemietet und richteten sich dort eine Bürogemeinschaft ein. In den späten Abend- und Nachmittagsstunden ging es dort wie im Laubenschlag zu. Die beiden gingen nach einem bestimmten Plan vor, um in der Provinz zahlungschwache Firmen, die häufig schon direkt vor dem Konkurs standen, für ihre Zwecke zu gewinnen. Sie schickten teils Agenten in einzelne Städte, teils inserierten sie in den dortigen Zeitungen unter dem Decknamen eines „Berliner Verbandshauses“. Sie boten sich an, sogenannte Geschäftswechsel zu beschaffen. Die Gauner hatten für die Wechsel Akzeptanten gewonnen, die bei der Polizei längst bekannt sind und fast ausnahmslos den Offenbarungseid geleistet hatten. Für ein paar Mark unterzeichneten sie die Blankowechsel.

Das „Berliner Verbandshaus“ schickte den Firmen die Wechsel in geschlossenen Kouverts per Nachnahme zu und ließ darauf jeweils 150 M. und mehr erheben. Darin lagen die Wechsel, die oft über mehrere tausend Mark ausgestellt waren. Die 150 M. und mehr berechneten die Betrüger für sich als Spesen und Prozente. Die Firmen gaben ihrerseits die Wechsel sofort weiter. Die Mehrzahl dieser Wechsel wird jetzt Ende Mai und Mitte Juni plagen!

Es stellte sich heraus, daß die Schwindler besonders Firmen im Rheinland und an der Nordseeküste „bedient“ hatten.

745 km Stundengeschwindigkeit.

Rom, 18. Mai.

Wie verlautet, hat Leutnant Neri von der italienischen Fliegertruppe bei einem Probeflug über dem Gardasee, wo sich die italienische Schule für Schnellflug befindet, eine Stundengeschwindigkeit von etwa 745 Kilometer erreicht. Dieses Ergebnis liegt etwa 10 Proz. über der bisherigen englischen Höchstleistung. Der Versuch soll demnächst unter amtlicher Kontrolle wiederholt werden.



Oskar Wöhler
Fan Hus.
Der letzte Tag

„Noch langt der Mammon nicht, zu einer der siebenhundert Konzilshuren zu gehen. Außerdem, die Kinder! Sie haben die letzten Tage keinen warmen Vöfseftiel mehr im Ranzen gehabt. Da kann ich einen Hauptfall, wie jetzt mit den Böhmen, gar wohl gebrauchen. Der Vogt wird Augen machen wie gesottene Eidotter so groß, wenn ich ihm die Klopfwürste so brühwarm aus dem Sudwasser lange! „Vogel!“ werde ich sagen, „ich habe hier eine Neugierde, die unter Brüdern hundert Goldgulden wert ist!“ Da wird er seine hässlichen Backentätschen nach unten verziehen und schmerzhaft wider mich bellen. Aber er soll Nachentöne finden, wie er will, niedriger als auf fünfzig Gulden lasse ich mich nicht runterhandeln. Er darf sogar froh sein, wenn er so billig davonkommt; denn für die Stadt ist meine Zeitung mindestens das Fünftzigfache wert. Eigentlich, wenn ich's recht bedenke, gab es in diesem Fall außer der Vogtei auch noch andere Abnehmer. Meine Nachrichten sind für die königliche Kanzlei von nicht mindermem Belang. Und erst die Väter des Konzils! Denen gehen die Riesen mit Geräusch, und sie werden mit sämtlichen Krummstäben wackeln, wenn sie des böhmischen Vorhabens inne werden. Aber wie wär's, wenn ich die Kumpanei gar nicht aus Messer lieferte, sondern mich von ihr lassen ließe? Wirklich, ein Gedanke Gottes! Die frommen Väter aber mögen in die leere Beatröhre gucken und zuschauen, wo sie neues Gansfleisch herkriegen! Aber haben die Richter der Kirche eine solche Untreue verdient? Hand aus Herz, die Väter sind im Grunde diejenigen, die uns am besten bezahlen. Es wäre daher nur ein Gebot der Anständigkeit, sie unter der Hand aufs größte vorzubreteln. Den Knäppel aber, den sie dann schmeißen wollen, müßten sie selbstverständlich selber schneiden. Wenn ich aufrichtig einen Ueberschlag mache, so hab ich am lebendigen Hus mehr verdient, als das am toten jemals möglich sein wird. Schon am ersten

Söckchen als Scheidungsgrund

Eine verjüngte Frau und ein verzopfter Mann

Frau Gertrud J., eine junge, großgewachsene Dame, die sich vor dem Scheidungsrichter gegen den Vorwurf der Untreue zu verteidigen hat, lenkte gleich beim Betreten des Verhandlungslooses die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihre langen, elegant beschuhten Beine, die unbestrumpt waren. Sie waren ebenso gebräunt wie das Gesicht ihrer Eigentümerin und ließen darauf schließen, daß diese dem heute so verbreiteten weiblichen Hang zum Sport und möglichst lustiger Bekleidung huldige. Aber gerade diese Merkmale, vor allem die Söckchen, die Frau Gertrud J. an hatte, hatten die Eifersucht des schon ziemlich bejahrten Kaufmanns Mag J. erregt und ihn nach Wochen schwieriger Nachforschungen veranlaßt, gegen seine junge Frau eine Scheidungsklage einzureichen.

In seiner Klageschrift ging Herr J. sehr ausführlich auf die Söckchenmode, die uns seit zwei Jahren beiseit wird, ein. Er erging sich zunächst in den Betrachtungen früherer Zeiten, als die Frauen noch lange Röcke und dunkle, züchtige Strümpfe trugen. Er betonte, welche mißbilligende Gefühle ihn durchdröhnten, als zum erstenmal junge Mädchen und Frauen in unbestrumptem Zustande ihm auf der Straße begegneten. Und er fügte mit Stolz hinzu, daß seine Frau damals ebenfalls mißbilligend bemerkt: „Ich verstehe diese heutigen Frauen nicht mehr. Ich bin ja auch jung, aber so tief bin ich noch nicht gesunken, um meine Beine auf der Straße entblößt zu zeigen! Das schickt sich für kleine Kinder, aber nicht für unsereins!“

Herr J. war selbst über diese, wie er sie nannte, „ver-nunf-t-gemäßen Ansichten“ seiner Gattin. Vor lauter Freude kaufte er ihr damals ein Duzend echter Bemberg-Strümpfe mit Goldstempel, was jedermann zu würdigen verstehen wird, der jemals für seine Frau „echte“ Strümpfe zu kaufen hatte.

„Wie groß mußte daher mein Entsetzen sein,“ schrieb Herr J. in seiner Klageschrift weiter, „als mir meine Frau im Herbst des vorigen Jahres plötzlich in Söckchen entgegentrat.“ Es war ein schöner Herbstmorgen gewesen; Herr J. wollte eben ins Geschäft gehen und vorher, wie üblich, seiner Frau den Abschiedskuß geben. Er fand sie in dem kleinen Vorgarten des Hauses: sie stand an den niedrigen Zaun gelehnt, in kurzen Söckchen und kurzem Rock und blickte aufmerksam auf die Straße. Herr J. sagte kein Wort, aber an jenem Tag verließ ihn nicht der Gedanke, daß mit seiner Frau etwas Unheimliches vorgefallen sei. Auch in den nächsten Tagen war sie nicht wiederzuerkennen; fortwährend trug sie andere Söckchen, bald blaue, bald rosa, bald grüne, und auf seine Frage, die er schließlich nicht länger zurückhalten konnte, was denn dies alles bedeuten sollte, erklärte sie ihm: „Jede Frau muß trachten, daß ihre Beine verjüngt werden. Das kann nur durch Einwirkung der Sonne auf die bloße Haut geschehen.“ Jezt mußte J. sofort, daß dies fremde Gedankengänge waren, die nicht von ihm stammten. Eine Frau, die Söckchen trug, konnte seiner Meinung nach auch nicht sehr moralisch sein. Daher war es seine Pflicht, ein Detektivbüro mit weiteren Schritten zu betrauen. Diesem gelang es erst nach Monaten, den wahren Zusammenhang zu ermitteln. Herr J. hatte recht: die Vorliebe für Söckchen stammte nicht von ihm, sondern von einem sehr netten jungen Menschen, den Frau Gertrud beim Tennis spielen kennengelernt hatte.

Obwohl Untreue nicht nachgewiesen werden konnte, war Frau Gertrud gestern mit der Scheidung einverstanden. Sie meinte, mit einem „verzopften“ Mann wolle sie nicht länger leben und blickte anzüglich auf ihre gelben Söckchen. Worauf die Ehe im gegenseitigen Einvernehmen geschieden wurde.

Ungetreuer Kommunalbeamter.

55 000 Mark unterschlagen.

Rheinf., 19. Mai.

Der 43jährige hiesige Gemeindefreier Heinrich Paulussen wurde wegen Verdachts der Veruntreuung von Kirchengeldern verhaftet. Bei einer außerordentlichen Revision durch die Kirchenbehörde war in der Gemeindefasse ein Fehlbetrag von 55 000 M. entdeckt worden, über den Paulussen sich nicht ausweisen konnte. Es handelt sich um Kirchengeld und Geld, die Paulussen als Geschäftsführer des evangelischen Wochenblattes verwaltete. Paulussen erklärt, daß der Fehlbetrag bei den Kirchensteuern ihm unabsichtlich unterlaufen und nur auf einen Buchungsfehler zurückzuführen sei. Für das Fehlen von Geldern bei dem Referatsfonds des Wochenblattes fehlt bisher jede Erklärung.

Skarez-Prozeß weiter verzögert.

Auch Willy Skarez soll schonungsbedürftig sein.

Nachdem vorgestern die Erkrankung des Angeklagten Kohl die Fortführung des Skarez-Prozesses verzögert hatte, ist gestern ein neuer Zwischenfall eingetreten, der die Verhandlungen noch weiter hinausschieben kann: Willy Skarez ist nach Ansicht seines Arztes schonungsbedürftig.

Das Befinden des früheren Bürgermeisters Kohl hat sich im Laufe des vergangenen Tages nicht verschlechtert, man kann aber nach Ansicht der Ärzte auch nicht von einer direkten Besserung sprechen, jedoch soll Lebensgefahr im Augenblick nicht mehr direkt bestehen. Als Folge der Verzögerung steht noch nicht fest, ob die bisherigen Dispositionen, daß die Strafanträge am Montag, 21. Mai, zu erwarten sind, eingehalten werden können. Hinzukommt nämlich, daß sich inzwischen der behandelnde Arzt Willy Skarez, Professor Cliron, an das Gericht gewandt und darauf hingewiesen hat, daß Willy Skarez infolge seiner Zuckerkrankheit nicht in der Lage sei, einer vier- bis fünfständigen Verhandlung zu folgen, wenn nicht eine Beeinträchtigung seiner Verhandlungsfähigkeit eintreten sollte.

Dieser Hinweis des Arztes ist bisher im Skarez-Prozeß offiziell

nach gar nicht zur Sprache gekommen, weil man durch die Vergiftung Kohls in Anspruch genommen war. Es ist aber anzunehmen, daß in der heutigen Verhandlung darüber diskutiert wird und daß sich das Gericht wohl oder übel wiederum für einige Zeit auf verzögerte Verhandlungszelten beschränken wird.

Zwei tödliche Fensterstürze.

In der Barfusstraße 14 spielte sich gestern ein furchtbarer Vorfall ab. Vom Balkon des dritten Stockwerkes stürzte sich die 56 Jahre alte Frau S. auf die Straße hinab, wo sie mit geschmetterten Gliedern demütlos liegen blieb. Durch die Feuerwehre wurde die Lebensmüde ins Virchow-Krankenhaus gebracht, wo sie bald nach ihrer Entlieferung gestorben ist. Kernenzerrüttung ist das Motiv zur Tat.

Ein ähnlicher Selbstmord ereignete sich im Hause Tilsiter Straße 18. Dort sprang die 70 Jahre alte Frau R. aus dem 4. Stockwerk des Seitenflügels auf den Hof hinab. Schwerverletzt wurde die Frau durch die Feuerwehre in das Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht, wo sie kurze Zeit nach ihrer Aufnahme starb.

Am Charlottenburger Ufer 15 wurde gestern das Ehepaar Sch. durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Die Lebensmüden haben offenbar schon mehrere Tage tot in der Wohnung gelegen. Das Motiv zur Tat ist bisher nicht bekannt.

Wieder Auto auf dem Bürgersteig. In der Reanderstraße geriet gestern nachmittags ein Renaultauto auf den Bürgersteig. Dabei wurde ein Passant, der 43jährige Bruno Scermerelli, vom Wagen erfasst und erheblich verletzt. Der Verunglückte erhielt auf der nächsten Rettungsstelle erste Hilfe. Das Auto wurde von der Polizei sichergestellt.

Kaffee Sag — gut bis zum letzten Tropfen, dabei coffeinfrei — deshalb vollkommen unschädlich.

Tag, als er mit den böhmischen Herren so stolzgerig eingekommen ist, haben Palecz und der Prozeßmichel aus Deutsch-Brod mich seinetwegen ins Brot gesetzt. Damals, ich kann mich noch auf die Stunde genau erinnern, hab ich die erste Anzahlung bezogen, drei Schilder. Ihnen, den Klappaffen, ging die Hinterteile mit Grundeis. Sie haben all ihre mit Mühe zurechtgemachten Felle davonschwimmen. Mit eigenen Ohren hatten sie vernommen müssen, wie der heilige Vater, aus seiner weißen Seide heraus, zu Hussens aufwartenden Geleitmännern sagte: „Selbst wenn Hus meinen eigenen Bruder getödtet hätte, so würde ich doch aus allen Kräften dafür sorgen, daß ihm während seines Aufenthalts hier in Konstanz kein Leid zugefügt wird!“ Das waren Worte, die keinem der beiden zur Lust erschollen, weder Palecz noch Michael. Sonst hätte ich nicht die Segengruben legen müssen, in die Hus tappen sollte. Ich bin seiner Wirtin, der Fido, nachgelaufen, wie ein Küden der Henne. Ich habe ausgeknüffelt der Pfisterin Haus, um etwas Beweistätiges zu finden. Und ich hab auch etwas gefunden. Denn obson, der Magister gehandelt war, hat er sich doch beifallen lassen, in seinem Quartier die Messe zu lesen. Ich war fromm genug, mir diese Messe einige Male anzuhören. Ich hab auch dafür geforgt, daß außer mir auch andere Leute vom gleichen Eifer ergriffen wurden. Ich habe ihm, dem Reichthümer, wenn das Opfer vorbei war, durch ein paar verjüngliche Frogangeln die Würmer aus der Nase gezogen. Ich muß gestehen, auf plumpere Weise ist mir noch nie ein Fisch, den ich fangen wollte, an den Räder gegangen. Es waren vollgewichtige Waffen, die ich Palecz und den andern Konfuzträgern aus der Kommission zur Verteidigung des Glaubens in die Hand drückte. Hochwürden Michael mußte sie auch so gut zu gebrauchen, daß er damit auf der Stiege den Bischof stößig machte.

Herr Otto von Röteln hat eine schnelle Hand. Ha, ich weiß noch, wie sein Generalvikar, Magister Hans Tenger, anschwitzte und mit ihm des Bischofs Offizial, Konrad Heige, und wie beide den ab des Besuches höchlichst überraschten Böhmen fragten, wieso er dazu komme, als Bekannter die Messe zu lesen? Er hat sich unter diesem zweifachen Griff gewunden wie ein Wiesel, das im Frangeisen liegt. Schließlich hat ihm seine Magisterschnauze geholfen; denn er mußte die Worte so aalig und listig zu stellen, daß ihn die beiden trotz

bestem Willen nicht faden konnten. Da war groß Trauern im Lande der Bemühten, und Palecz, voller Galle gelb im Gesicht, hat gesprochen: „Jagulo, schaff uns, daß der Hund in Keit und Gewahrhaft kommt! Ich schütt so viel Gold in deine Hand, als gehäufelt darin Platz hat.“ Das war ein Wort, das sich hören lassen kann; gehäufeltes Gold eine Hand voll! Ich habe von da an jeden Tag gelübt, meine Hand tiefer und breiter zu machen. Und als sie tief und breit genug war, hab ich geschafft, daß dieser Keher-Van hinter Mauer und Gitterstab kam. Vstzig hab ichs geschafft. Da der Mann keine weitere Handhabe darbot, muß ich sie selber beibringen. Und mit Hilfe Gottes gelang's. Am vierten Sonntag im November hab ich ausgestreut auf Gasse und Platz, unter den Brotsäuben und an den Wehgerständen, in Bürgerfichten und in des Rats Stuben: „Wißt ihrs schon?! Hus, der Keher, ist auf und davon! Er hat ein Haar in der Konstanzer Suppe gefunden und will der Speis moanders genießen! Da haben sie mich stehen lassen und sind gerannt, um die Stadttore zu schließen. Heinrich von Wm, damals der Bürgermeister, hat mich höchstgeigen an der Schulter gerüttelt: „Nis's wahr, du Hund?!“ und als ich steif und fest bei meiner Aussage blieb, hat er Sturm auf allen Kirchtürmen läuten lassen, und die Hellebardierer und Armbruster kamen wie bei einem Aufstand gelaufen. Die Bänke ranneten in die Junsthäuser, die Weiber und die alten Rannen schlossen die Fensterladen, und es war ein Gelurr, wie bei einem Volk schwärmender Jannien. Dabei sah die Wessel, um die es ging, ruhig in ihrem Stock in der Sankt-Pauls-Gasse, ohne eine Ahnung dessen, was sich da braute. Der Bürgermeister war ein umstürziger Mann. Er wies den Bogt an, Gewappnete genug in die umliegenden Häuser zu leaen. Nach der Wahlzeit um eins hoben sie Hus aus und führten ihn mit dem Ritter von Chlum zum Papst auf die Pfalz. Da ist er das letztmal großspurig zu Pferde gefahren. Aber, als er aus dem Bügel stieg und seinen Boden spürte, da zitterte seine Hand und ließ hier den Zaum fallen, und als er seine Handschuhe sah, die im Hof zu haulten standen, da wollte er mit rothen Schritten unter sie laufen. Aber des Papstes Diener, die mit den silbergebuckelten Stöden, führten ihn ins Haus und verriegelten auf der Stelle die Türen. Seit diesem Fongtag hat die Gans den Weg in die Freiheit nicht mehr gefunden.

(Fortsetzung folgt.)

Frankreich feiert Goethe

Vorläufiger Ueberblick / Von Hans Adalbert Frhr. v. Maltzahn

Nicht weit von der Place de l'Alma zieht sich in einem vornehmen Pariser Viertel — von der Avenue Marceau zum Trudon — eine stille, kleine Straße, die Rue Goethe, die auch zur Kriegszeit vor einer Umlage sicher war. Neben Heine — doch wesentlich anders als Heine — ist Goethe von allen künstlerischen Persönlichkeiten deutscher Sprache sicher diejenige, die dem französischen Geist und Empfinden am nächsten steht. Das ist eine Feststellung, die man zu allen Zeiten in Frankreich hat machen können, zu der im laufenden Jahre jedoch besonders reichlicher und erfreulicher Anlaß geboten wird.

In Zeitungen und Zeitschriften.

Es gab und gibt — seit rund zwei Monaten — kaum eine bessere Buchhandlung der französischen Hauptstadt, von der nicht ein Schriften mit Literatur über Goethe, neuen und alten Uebersetzungen aus Goethe und Büchlein Goethes geschmückt waren, und man ging viel zu weit, und würde den Tatsachen in keiner Weise gerecht, wenn man diese Gedenktagsdekoration allein von einem geschäftlichen Standpunkt aus würdigen wollte. Keine Pariser Tageszeitung hat zum 22. März darauf verzichtet, durch Bilder, Aufsätze oder zumindest durch einen Bericht über die Weimarer Feiern des Goethe-Tages zu gedenken; „Le Temps“, das offizielle Abendblatt, das früher Tardieu zu seinen Redakteuren zählte, veröffentlichte „Die neue Melusine“ in seinen Feuilletonfortsetzungen, während die verständigungsfreundliche Zeitung „Le Devoir“ ihre Leser im Feuilleton mit „Wilhelm Meisters theatralischer Sendung“ bekanntmachte. Man kann also beim besten Willen nicht bestreiten, daß allerlei getan worden ist, um dem Wert Goethes, anfänglich seines hundertsten Todestages, eine recht reichhaltige Preisverleihung in Frankreich zu erwirken.

Sich über die Tiefenwirkung dieses Gedenktages klar zu werden, ist natürlich die wesentlichste Aufgabe, allerdings fast unlösliche Aufgabe, da man sich für den Augenblick darauf beschränken muß, hier Rundgebungen zu verzeichnen, die einen mehr oder minder greifbaren Niederschlag gefunden haben; man wird sich also, von einzelnen Privatäußerungen abgesehen, an Publikationen und Feiern zu halten haben. Die Publikationen zum Goethe-Jahr sind außerordentlich zahlreich, viele der besten literarischen Zeitschriften Frankreichs haben Goethe ganze Hefte geweiht, und wenn diese Tatsache an sich noch nicht auszuwählen bedeuten würde, so braucht man nur einen Blick auf die Liste der Romane zu werfen, die über Goethe geschrieben haben, um daraus zu ersehen, daß tatsächlich Frankreichs Güte sich unter ihnen befindet.

Die würdigste äußere Auszeichnung hat vielleicht die vornehme „Revue de la Littérature comparée“ des allberühmten Verlages Champion ihrer Goethe-Sondernummer verliehen. Dieses Blatt, als dessen Mitverleger Bernard Baldensperger zeichnet, umfaßt eine Reihe gehaltvoller Aufsätze aus der Feder von Frankreichs qualifiziertesten Germanisten. Eine Übersetzung der klassischen Walpurgisnacht, durch die Baldensperger selbst zum Goethe-Jahre seinen Beitrag geliefert hat, ist allerdings in diesem Heft noch nicht enthalten, und da es leider nicht möglich gemeldet ist, die Arbeit im Rahmen einer Routine der „Comédie-Française“ (genügend zur Geltung zu bringen, steht die Publikation dieses interessanten Versuches noch in Aussicht.

Interessante Hypothesen.

Nicht ohne Interesse ist aus dem Inhalt des genannten Reuebandes ebenfalls eine nachgelassene Seite von Maurice Barrès über die Sterbestunde Goethes, in der Barrès behauptet, der sterbende Meister habe mehrfach ein großes W in die Luft gezeichnet und damit, unterbewußt, einen Hinweis auf Richard Wagner zu erlassen gesucht. Diese sonderbare Intuition verdient vor allem deshalb Erwähnung, weil sich zu ihr in der neuen Clavigo-Uebersetzung durch Gabriel Bally und Eberhard Reibelthau, deren Einführung durch das „Théâtre National de l'Odéon“ das Andenken Goethes geehrt hat, die Parallele findet. Bally hat seiner — im übrigen gewissenhaften — Bearbeitung des „Clavigo“ ein Gespräch zwischen Carlos und Beaumarchais angefügt, durch die er seine Auffassung zu unterstreichen beabsichtigt, daß dieses Drama Goethes die Konzeption des „Nedermenschen“ Friedrich Schlegels und des „Amoralisten“ André Gide schon vorweggenommen habe. Gegen derartige Interpretationen, wie Barrès und Bally sie zu geben gesucht haben, läßt sich natürlich Entscheidendes einwenden; ihre Verzeichnung erscheint jedoch notwendig, da sie einen Beweis für die Intuition liefern, mit der sich geistige Franzosen in die Gedankengänge Goethes zu vertiefen gesucht haben.

Unter den übrigen Zeitschriftenpublikationen zum Goethe-Jahr verdient das Sonderheft der „Nouvelle Revue Française“ besondere Erwähnung, hat doch hier André Gide in einem durchgängigen Aufsatz und einer meisterhaften Uebersetzung einiger Szenen aus „Faust II.“ erneutes Zeugnis für seine Stellung zu Goethe abgelegt.

In einem seiner wichtigen Frankreichbücher hat Ernst Robert Curtius vor Jahren Gides Ausruf „Mehr Goethe!“ als entscheidend wichtige Rundgebung des französischen Geisteslebens verzeichnet; und in der Tat berechtigt der unwiderlegliche Einfluß, den Gide auf Frankreichs jüngere und jüngste Generation geübt hat, die seine „Nourritures Terrestres“ noch heute als Offenbarung verteidigt, zu der Auffassung, daß André Gide auch an dem Goetheerlebnis des französischen Geschlechtes von heute und morgen einen

der wesentlichsten Anteil trägt. Wenn heute noch er und andere Autoren konfessionell Rufes zum Goethe-Jahr gesprochen haben, so läßt sich nicht mehr verkennen, daß unter denen, die seinen Einfluß gespürt haben, eine Aufgeschlossenheit für Goethe herrscht, die über kurz oder lang ihre bedeutungsvollen Früchte tragen wird. Es soll hier unter diesen Jungen nur Guy Bernard de la Pierre im Augenblick genannt sein, von dem ein mehrbändiger Erstlingsroman — „Die schmierige Stätte“ — der Öffentlichkeit demnächst als epochenmachender Ausdruck der heutigen Generation vorliegen wird; und daß Goethe auch an der Bildung dieses genialen jungen Autors nicht unbeteiligt war, wird dann mit unzweifelhafter Klarheit zu sehen sein.

Die „Revue d'Allemagne“, in der Maurice Boucher die dankenswerte Aufgabe der geistigen Verständigungsförderung zwischen Deutschland und Frankreich mutig und tatkräftig erfüllt, hat Goethe ein Doppelheft geweiht, in dem eine Studie Edmond Jaloux über „Wilhelm Meister“ besonders Verzeihung verdient. Die Zeitschrift „Europe“ dagegen bringt Beiträge von Romain Rolland, Jules Romain, Jean-Richard Bloch, Alain und anderen namhaften Franzosen über Goethe.

Die Rundgebungen zum Goethe-Jahr beschränken sich längst nicht auf die genannten Reue, die nur als charakteristischste aus deren Anzahl herausgegriffen worden sind. Hand in Hand mit deren Herausgabe geht eine Buchpublikation großen Ausmaßes. Neuausgaben von Werken Goethes alternieren mit eigenen und ausländischen Werken über Goethe. Im Vordergrund des Interesses steht hier die dreibändige Ausgabe des Werkes von Gundolf, mit der Ernst Robert Curtius' Verleger Bernard Grasset zum Goethe-Jahre einen bleibenden Beitrag geliefert hat. Der Verlag Stock hat Wittkops starken Goetheband herausgebracht, und der Verlag Kieder strahlt mit einem illustrierten Goetheband von Arnaut eine wertvolle Gabe bei. Die schönste Ausgabe von Werken Goethes hat die „Cité du Livre“ in sieben, durch Pierre du Colombier meisterhaft übertragenen Auswahlbänden begonnen, während der Verlag der „Editions Montaigne“ eine äußerst gepflegte Serie von deutsch-französischen Publikationen Goetheliteratur auf den Markt gebracht hat. Auch Edermanns „Gespräche mit Goethe“ sind kürzlich zum ersten Male in einer vorzüglichen Uebersetzung durch Chuzenille ungekürzt in Frankreich im Verlage Souverain erschienen, während Dr. Maurice Rutterer für den Verlag Champion eine musterhafte Uebersetzung der „Stalianschen Reise“ geliefert hat. Auch hier können wir einige der wichtigsten Publikationen zitieren, da die Statistik den Rahmen des vorliegenden Referates anderenfalls zu weit spannen würde.

Veranstaltungen.

Die Universitäten Frankreichs haben ihrerseits verschiedene Rundgebungen veranstaltet oder in Vorbereitung. Der Pariser Goetheausdruck, dem Bainsien, Paul Valéry und die Komische de Roailles angehören, ist, mit dem Staatskredit, der für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden ist, nicht nur der

Organisator der für den Herbst geplanten Goetheausstellung der Nationalbibliothek, sondern ebenfalls der Veranstalter der großen Feiern in der Sorbonne, bei der Paul Valéry die Festrede übernommen hatte. Auch Dijon und Strassburg haben Goethe in akademischen Festlichkeiten gehuldigt, und die philosophische Fakultät der Universität Strassburg hat einen bedeutungsvollen Band mit Aufsätzen über Goethe publiziert.

Gleichzeitig werden in Paris zahlreiche Vorträge zum Goethe-Jahre veranstaltet. Die „Gesellschaft der Freunde Delacroix“, des genialen Illustrators und Verfassers unschätzbare Tagebücher, ließ im Anschluß an einen Festvortrag durch den großen Redator Jacques Coquau eine Vorlesung aus „Faust“ nehmen. Edouard Herrin sprach mehrfach in einem überfüllten Theaterfoyer über „Goethes Jugend“, und einen besonders geschätzten mehrstündigen Goethevortrag hielt im überfüllten Großen Bichel-Saal der bekannte politische Deutschfreund Léon Daudet; gerade diese Rundgebung bildete einen der ergreifendsten Eindrücke unter allen diesen öffentlichen Feiern, während die deutsche Goethefeier, die durch den Gasthörer einberufen worden war, eine sorgfältigere Vorbereitung verdient hätte, und nur durch Rosa Bertens' rezitatorische Mitwirkung über das Niveau eines Vereinsabends hinausgehoben wurde.

In den Theatern.

Besonders bedeutsam erscheint mir die Tatsache, daß auch die „Grande Nationalbühne Frankreichs“, die „Comédie-Française“, eine Goethefeier veranstaltet hat, was diese Feier doch die erste wirkliche Ehrfurchung dieses Staatschöpfers für das Werk eines deutschen Dichters. Auf unbegreifliche Weise ist in die deutsche Presse die irrtümliche Meldung gelangt, daß sich die „Comédie-Française“ an eine Gesamtdarstellung des „Faust“ heranzusetzen würde. Ich darf, auf Grund genauer Informationen, versichern, daß ein derartiges Projekt im Augenblick aus materiellen Gründen nicht in Angriff genommen werden kann und daß die würdige Majestät vom 19. März vorläufig die einzige Manifestation zu Ehren Goethes bleiben wird, falls nicht das „Korps auf dem Theater“, das bei dieser Gelegenheit gelesen worden ist, in den ständigen Spielplan der „Maison de Voltaire“ seinen Einzug hält. Rein Plaudoyer für eine Inszenierung des „Faust“, für den in Jean Weber der französische Nationalbühne der berühmte Liederinterpret zur Verfügung stehen dürfte, über den das Theater Europas heute verfügt, ist leider vorläufig ebenfalls von einer Realisierung noch ziemlich weit entfernt, obwohl die in Frage kommenden Darsteller sich dieser Aufgabe begeistert widmen würden. So ist denn vorläufig die Einführung des „Clavigo“ im zweiten Nationaltheater, dem „Odéon“, die einzig nennenswerte dramatische Goethe-Rundgebung geblieben, denn daß die staatlichen Opernhäuser durch „Faust“ von Gounod und Rossini's „Barbier“ sich ihrerseits mit Goetheheerungen gemeldet haben, darf wohl als Zeichen guten Willens eher verzeichnet werden, denn als wirklicher Beitrag zur Verherrlichung des deutschen Dichters.

Ein lächelnder Eindruck von der Leistung des französischen Goethejahres wird erst in einigen Monaten gewonnen werden können, es läßt sich jedoch heute schon erklären, daß das Bemühen Frankreichs, den deutschen Meister würdig zu feiern und zu ehren, in einer Weise Gestalt gewonnen hat, die für den Fortschritt des geistigen Austauschs zwischen den beiden Nachbarvölkern die schönsten Zukunftshoffnungen zu erwecken vermag.

Dr. Bruno Borchardt:

Soll man die Sommerzeit einführen?

Alljährlich im April wird die Forderung erhoben, in Deutschland die Sommerzeit einzuführen, wie es in einigen Ländern, z. B. in Frankreich auch diesmal wieder geschehen ist. Einführung der Sommerzeit heißt: Vorstellen der Uhren um eine Stunde gegen die wirkliche, durch den Stand der Sonne bestimmte Zeit. Uebrigens stimmt das nicht ganz, denn wir haben in Deutschland ebenso wie in allen großen Ländern gar nicht die wirkliche von Osten nach Westen über jeden Grad um je vier Minuten verschobene, sondern aus dreizehnen Breitenstrahlen eine für das ganze Land einheitliche Zeit. Die Erde ist eben rund und die Sonne kann deshalb nicht überall zu gleicher Zeit auf- und untergehen, in Deutschland weicht die wahre Zeit für die äußersten östlichen und westlichen Orte vielmehr um ein paar Minuten über eine Stunde voneinander ab. Aber der Vorteil der einheitlichen Zeit überwiegt doch den Nachteil der falschen Tageszeit bedeutend, die Abweichung beträgt ja auch wenig mehr als eine halbe Stunde, da die Zeit eines etwa mitten durch Deutschland gehenden Längengrades gewählt ist. In Ländern mit größerer öst-westlicher Ausdehnung ist das freilich anders; in den Vereinigten Staaten von Nordamerika z. B. hat man deshalb das Land in mehrere Zonen geteilt, deren jede eine einheitliche Zeit hat, die sich von jeder benachbarten um je eine Stunde unterscheidet.

Soll man durch die Einführung der Sommerzeit eine weitere Abweichung von der wahren Zeit der Landeszeit hinzufügen? Die Befürworter sagen: Man hat es ja im Krieg und dann bis zum Jahre 1920 getan, um Licht zu sparen, und zum Sparen haben wir auch jetzt noch alle Veranlassung; warum soll man denn nicht in den hellen Morgenstunden schon aufstehen und dann abends die geselligen Veranstaltungen früher beendigen, da dadurch an Licht erheblich gespart wird. Man spricht von etwa 100 Millionen Mark im Jahr. Einen Beweis für eine derartige Ersparnis zu führen haben

die Befürworter der Sommerzeit aber gar nicht einmal versucht. Auf dem Lande würde auch bestimmt nichts gespart werden; die Feldarbeiten beginnen auch nach Einführung der Sommerzeit keineswegs früher wie sonst, sondern eben erst dann, wenn der Tau von Feldern und Wiesen verschwunden ist, was er der Einführung der Sommerzeit zuliebe nicht eine Stunde früher tun würde. Daher würde man dort nach der Uhr einfach eine Stunde später mit den Arbeiten beginnen müssen, und zu Bett geht man im allgemeinen bei einbrechender Dunkelheit. Soweit gesellige Veranstaltungen stattfinden, würden sie eben um eine Uhrstunde später angelegt werden müssen, und von Ersparnis kann gar keine Rede sein.

Ähnlich ist es in der Stadt, namentlich in der Großstadt. Würden die Theater, Konzerte, Kinos usw. eine wirkliche Stunde früher, noch bei Tageshelle, beginnen, so beanspruchten die Räume künstliche Verdunkelung und entsprechende künstliche Beleuchtung wie auch die Kaffeehausbesucher des Abends künstliches Licht. Die Leidtragenden würden aber alle Erwerbstätigen und die Schulkinder sein, die eine Stunde früher aufstehen müßten und daher auch eine Stunde früher zu Bett geschickt würden. Dabei übersehen man, daß in der heißen Sommerzeit dann die abendliche Abkühlung noch nicht eingetreten ist, die sich ja nach den Urfeststellungen der Wissenschaft nicht richtig, und daß bei der schlaflosen Hitze sich ein gesunder Schlaf noch nicht einstellen kann. Die Erwerbstätigen und die Schulkinder müßten sich daher recht lange schlaflos im Bette wälzen und morgens unausgeschlafen an die Arbeit gehen. Die Schädigung, die ihrer Gesundheit dadurch zugefügt würde, würde sogar eine erhebliche Lichtersparnis aufwiegen, wie viel mehr die nur eingebildete, im besten Falle ganz geringe Ersparnis. Darum kann es nur heißen: Auf keinen Fall Einführung der unnatürlichen Sommerzeit.

KARSTADT'S Lebensmittel-Preisliste

WURSTWAREN	WEINE SPIRITUOSEN	KOLONIALWAREN	DELIKATESSEN	BUTTER UND KÄSE	KONSERVEN
Konsum-Sülze Pfd. 0,35	Apfelwein 10 Ltr. 2,98 Ltr. 0,30	Hartgrieß-Makkaroni .. Pfd. 0,42	Portug. Cisardinien 5 Ds. 0,65	Rohschmalz Pfd. 0,39	Junger Kohlrabi ... 1/2 Ds. 0,36
Fleischwurst Pfd. 0,65	Bowlenwein 10 Ltr. 3,38 Ltr. 0,55	Bruchreis Pfd. 0,12	Fetheringe 1 Ton. Ds. 0,59	Margar. Cocosfett 3 Pfd. 0,95	J. Brech. u. Schnittbohnen 1/2 Ds. 0,42
Dampfwurst Pfd. 0,85	Gaubelheimer 10 Ltr. 3,88 Ltr. 0,80	Korinthen Pfd. 0,55	Senfgurken 1/2 Ds. 0,63	Frische Landbutter Pfd. 1,18	Spinat 1/2 Ds. 0,42
Bierwurst Pfd. 0,88	Moselwein .. 10 Ltr. 3,38 Ltr. 0,63	Vanille-Mandelpudding Pfd. 0,38	Import-Sardellen Pfd. 0,65	Tafelbutter Pfd. 1,38	Junge Erbsen 1/2 Ds. 0,65
Jagdwurst Pfd. 0,75	Frankenweil. 10 Ltr. 1,98 Ltr. 0,75	Kaltschalemschung .. Pfd. 0,80	Ital. ed. Heringssalat Pfd. 0,80	Markenbutter Pfd. 1,40	Jg. Erbsen sehr fein .. 1/2 Ds. 1,15
Mettwurst Bruchweig. Art Pfd. 0,85	Zeitig. Stefanslay 10 Ltr. 3,98 Ltr. 0,85	Hartweizengrieß an Pfd. 0,28	Ungar. Gulasch 1 Pfd. Ds. 0,75	Frische rum. Eier an 10 Stk. 0,54	Jg. Erbsen mittelf. m. Kar. 1/2 Ds. 0,72
Feine Leberwurst Pfd. 0,95	Ferrag. o. Wermuth. 10 Ltr. 8,90 Ltr. 1,00	OBST UND GEMÜSE	FISCHE U. RAUCHERWAR.	Horzer-Käse ca. 1 Pfd. Pfd. 0,23	Gem. Gemüse mittelf. 1/2 Ds. 0,95
Bauernleberwurst Pfd. 0,93	Malaga, Samos 10 Ltr. 1,98 Ltr. 1,10	Spargel frisch an Pfd. 0,10	Kabeljau o. K. an Pfd. 0,10	Frühstückskäse ca. 1 Pfd. Rolle 0,28	Brechspargel mittel 1/2 Ds. 1,35
Thür. Knackwurst Pfd. 1,08	Heidelbeerwein 10 Ltr. 7,98 Ltr. 0,75	Kartoffeln, gelbf. .. 10 Pfd. 0,34	Kabelfaule an Pfd. 0,15	Camembert, vollfett 2 Stk. 0,35	Pflaumen ohne Stein 1/2 Ds. 0,58
Schlackwurst, Feldham Pfd. 1,18	Johannisbeerw. 10 Ltr. 8,38 Ltr. 0,88	Radieschen 5 Bund 0,10	Makrelen Pfd. 0,18	Edamer, Holländer vollfett Pfd. 0,60	Stachelbeeren 1/2 Ds. 0,70
Schinkenwurst Pfd. 1,18	Himbeer- oder Kirschw. 10 Ltr. 1,40	Blumenkohl an Kopf 0,28	Bratschollen an 2 Pfd. 0,25	Brieckäse, vollfett Pfd. 0,58	Kirschen schwarz m. St. 1/2 Ds. 0,90
Schinkenspeck Pfd. 1,10	Orangeade Ltr. 1,80	Gurken an Stk. 0,30	Lebende Aale an Pfd. 0,65	Steinbuscher, vollfett Pfd. 0,68	Aprikosen 1/2 Frucht .. 1/2 Ds. 0,95
Nußschinken Pfd. 1,28	Alter Korn ca. 1 Ltr. m. Fl. 3,20	Salat an 3 Kopf 0,25	Fettküchlinge an Pfd. 0,26	Tilsiter, vollfett Pfd. 0,68	Reineclauden 1/2 Ds. 0,98
Plackwurst Pfd. 0,84	Welshbrand-Verschnitt 1 Ltr. Fl. 3,95	Zitronen an Dtz. 0,38	Strückerlachs an Pfd. 0,90	Schweizer Boyr. vollf. an Pfd. 0,95	Calif. Pfirsiche 1/2 Ds. 1,15
Gek. Schinken 1/2 Pfd. 0,27	Himbeer-Kirschw. 10 Ltr. 1,40			Tilsiter ohne Rinde .. Pfd. 0,40	Apfelmos tafelfestig .. 1/2 Ds. 0,48
Eisbein m. Spitzb. gepök. Pfd. 0,34	Käbler mild Pfd. 0,78	Bestellungen über 5 Mark unter F 6 Saerwald 0012 werden prompt erledigt			
Rückenfett bratfertig. Pfd. 0,40	Kalbs-Rollbraten .. an Pfd. 0,98	Mengenabgabe vorbehalten.			
Schweinebauch Pfd. 0,50	Rouladen Pfd. 0,98	In den Dachhallen spielen die Kapellen Elin Schachmeister, Juan Lloasat			

Große Politik im Harpenbericht.

Fragen an Herrn Dr. Silverberg / Die Harpener Bergbau AG. meldet Verluste

Die Harpener Bergbau A.G. ist nicht der nächste Ruhrkonzern. Er wird von Dr. Paul Silverberg beherrscht, dem Herrscher über die rheinische Braunkohle und Elektrizität. Silverberg ist der einäugige König unter den blinden Herren von der Ruhr. Silverberg ist mit vielen Wässern gewaschen; er wird unter jedem „Säptem“ eine Rolle spielen. Wir lesen im Harpenbericht in Sperrdruck:

„Der Verfall der deutschen Wirtschaft als der materiellen Grundlage alles staatlichen und völkischen Seins erzwingt die sehr baldige Umkehr von der seit dem Diktat von Versailles geübten überstaatlichen und staatlichen Zwangswirtschaft.“

Der beherrschende Grundgedanke muß wieder sein, daß auf allen Gebieten jede Form von Zwang ihr Ende erreicht.

Damit kommen wir zurück auf die Ausführungen in unserem vorjährigen Geschäftsbericht, daß die beste Lösung für die Gestaltung aller Dinge wäre, wenn die freie Wirtschaft in vollem Umfange wiederhergestellt würde. Unter diesem Begriff verstehen wir auch die Möglichkeit einer von Behördeneinfluß und -mitwirkung freien Gestaltung wirtschaftlicher Verbände.“

Wir glauben nicht, daß Proklamationen auf die Dauer an ökonomischen und sozialen Gesetzmäßigkeiten viel ändern können. Aber wir fragen Dr. Silverberg, ob er sich mit dieser Proklamation dem ultrareaktionären Flügel der Schwerindustrie anschließen will, dessen kurzfristige Absichten die materiellen Grundlagen alles staatlichen und völkischen Seins in der Tat zu zerstören geeignet sind. Will Dr. Silverberg mit „freier Wirtschaft in vollem Umfang“ die Freiheit der Lohnfestsetzung im individuellen Arbeitsvertrag und damit eine neue Deflation für die Kaufkraftbasis? Will Silverberg sich auf jene „Anerkennung“ der Gewerkschaften zurückziehen, die die Gewerkschaften vom Herren-im-Hause-Standpunkt als Tarifparteien ausschließt? Oder was bei 6 Millionen Arbeitslosen das heißt ist: will Dr. Silverberg die Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung? Gehört auch die grundsätzliche Einschränkung der Sozialversicherung zu Silverbergs „freier Wirtschaft in vollem Umfang“? Soll Deutschland, entgegen der Entwicklung in allen übrigen Weltstaaten, um 100 Jahre zurückgeworfen werden?

Weiter: Was heißt eine „von Behördeneinfluß und -mitwirkung freie Gestaltung wirtschaftlicher Verbände“? Heißt „freie Wirtschaft in vollem Umfang“ auch Beseitigung aller Kartelle? Wir können von einem vernünftigen und anständigen Menschen, für den wir Silverberg halten, nicht vermuten, daß er die „freie Wirtschaft in voller Form“ und zugleich die Beseitigung aller Kartellkontrolle will, die allein mit der freien Gestaltung wirtschaftlicher Verbände gemeint sein kann.

Wir bitten Dr. Silverberg um eine Antwort.

Die Harpener Bergbau A.G. schließt ihr Geschäftsjahr 1931 mit einem Gesamtverlust von rund 5 Millionen Mark ab. Zusätzlich von Sonderabrechnungen, die zum Ausgleich von Wertminderungen infolge der Krise dienen sollen, ergibt sich eine Unterbilanz von insgesamt 7,5 Millionen Mark, die durch den Buchgewinn aus der Kapitalherabsetzung von 110 auf 90 Millionen Mark beseitigt wird.

Die Kohlenförderung ging im Berichtsjahr von fast 6,8 auf knapp 5,4 Millionen Tonnen zurück. Damit ist die Förderung gegen 1930 auf 79 Proz. und gegen 1929 auf 67 Proz. gesunken. Sie hat etwa den Stand des Geschäftsjahres 1902/1903 erreicht. Die Koksproduktion ist sogar bis auf die Jahreserzeugung von 1899 zurückgefallen. Dementsprechend hoch war auch der Abschlag, der 16 Proz. niedriger als 1930 und 35 Proz. niedriger als 1929 war.

Auf die Schultern der Belegschaft sind auch hier die Hauptlasten der Krise abgewälzt worden.

Von den mehr als 28.000 Mann, die noch im Jahre 1927 bei Harpen arbeiteten, und von den 24.000 Mann im Jahre 1929 waren Ende vergangenen Jahres nur noch 14.390 Mann im Betriebe. Rund 50 Proz. der Harpener Bergarbeiter sind also gegen 1927 arbeitslos geworden. Aber auch die im Betrieb Gebliebenen bekamen die Krise schwer zu spüren. Abgesehen von dem Lohnabbau, der den Schichtverdienst der Belegschaft gegen 1930 nahezu um 9 Proz. senkte — wohlgemerkt vor der Dezember-Konkordierung mit den schärfsten Lohnabbaubestimmungen — wurden für die Untertage-Arbeiter im Durchschnitt nicht weniger als 46 Feiertage wegen Abnahmangel eingelegt, das sind 12 Schichten mehr als im Jahre 1930. Diese Zahlen sprechen Bände, und sie würden eine noch beredtere Sprache reden, wenn die Ver-

waltung von Harpen nicht aus guten Gründen die Leistungen je Mann und Schicht verschweigen würde. Dann würde es sich nämlich zeigen, daß beispiellose Leistungserweiterungen der Untertage-Arbeiter infolge der Mechanisierung mit anhaltendem Lohnruhr bestraft werden.

Rationalität ist die Verwaltung von Harpen mit den Wirkungen des Lohnabbaues auf die Selbstkosten nicht zufrieden. Dazu kamen diese Maßnahmen den Jechenherren „nicht rechtzeitig und von vornherein nicht ausreichend genug“ zustande. Daß der Lohnabbau keine fühlbare Senkung der Selbstkosten nach sich ziehen würde, haben die Vertreter der Arbeiterchaft schon bei den ersten Auslägen des Lohnabbaues vorausgesagt. Aber die Herren an der Ruhr haben ja von jeher den Standpunkt vertreten, daß man nur die Löhne drücken müsse, um einen neuen Aufschwung der Wirtschaft herbeizuführen. Jetzt muß die Harpener Verwaltung selbst zugestehen, daß diese lohnpolitischen Druckmaßnahmen die Lage des Bergbaues nicht gebessert haben.

Dies ist auch kein Wunder, wenn man sich die Kästen, die der internationale Kohlenkrieg im bestrittenen Gebiet verursacht, näher ansieht. Die Syndikatsumlage je gefördert Tonne Kohle, die zur Finanzierung der Verlust-Exporte dient, stieg im letzten Jahr von 2,15 Mark auf den phantastischen Satz von 3,94 Mark. Das bedeutet, daß Harpen bei einer Jahresförderung von 5,4 Millionen Tonnen zur Finanzierung der Verlust-Exporte schätzungsweise 14 bis 15 Millionen Mark aufzubringen hatte.

Außerdem hängen Harpen die riesigen Investitionen, die in den letzten fünf Jahren in die Anlagen gesteckt wurden, wie ein Stein am Bein. Seit 1927 hat das Unternehmen, dessen Ertrag es war, die modernsten Förderanlagen im Ruhrgebiet zu besorgen, etwa 100 Millionen Mark in die Anlagen gesteckt, davon allein in den Jahren 1927/28 über 50 Millionen Mark und auch im vergangenen Jahr noch mehr als 12 Millionen Mark.

Diese enormen Neuanlagen hat das Unternehmen größtenteils aus laufenden Betriebsergebnissen und nur zum geringsten Teil mit der Dollar-Anleihe aus dem Jahre 1929 finanziert.

Von 1927 bis 1932 hat die Gesellschaft für diese riesigen Investitionsarbeiten mehr als 43 Millionen Mark offener Abschreibungen verdienen müssen, zu denen noch eine hohe Millionenanzahl stiller Abschreibungen kommen dürfte.

Zur Wirtschaftslage.

Das Konjunkturforschungsinstitut bleibt noch pessimistisch.

Das Konjunkturforschungsinstitut untersucht die Möglichkeiten, ob günstige Einflüsse auf die Wirtschaftsentwicklung von der Verflüssigung der Geldmärkte ausgehen können und kommt dabei zu folgendem Ergebnis: „Die stufenweise Herabsetzung des Reichsbankdiskonts schafft der Wirtschaft zwar insofern eine Erleichterung, als sie die Unkosten der kurzfristig verschuldeten Betriebe vermindert und, als sie den Betrieben, die ihren Kreditbedarf in Wechselform kleiden können, den Zutritt zur Reichsbank erleichtert. Zu einer Anregung von Produktion und Absatz reicht es aber nicht aus. Solche Anregungen ergeben sich weniger direkt aus dem Geldmarkt als vielmehr über den Kapitalmarkt. Eine Geldmarkterleichterung veranlaßt aller Regel nach erst dann eine erhöhte Betätigung in der Wirtschaft, wenn die Kapitalbeschaffung durch Aufnahme von langfristigen Krediten und durch Aktienemissionen wesentlich erleichtert ist.“

Danon könnte im gegenwärtigen Augenblick noch keine Rede sein. Der Kapitalmarkt bleibt unergiebig. Bewußt habe sich in den letzten Wochen eine Erhöhung der Kautentzufe eingestellt. Der Kapitalzins sei aber noch wie vor prohibitiv, also zu hoch. Auch die jüngste Belebung des Aktienmarktes dürfe nicht allzu hoch veranschlagt werden. Freilich könnten gerade auf diesem Gebiete Anregungen, die vom Ausland und von der Politik ausgehen, wesentlich zur Befestigung beitragen. Angesichts der ungünstigen Ertragschancen der Wirtschaft und angesichts dessen, daß Industrie, Handel, Kreditanstalten und öffentliche Hand noch viel zu tun haben, um sich finanziell zu reorganisieren, seien die Effektenmärkte noch von Rückschlägen bedroht.

Hinsichtlich der Tendenz in der Absatzentwicklung wird festgestellt, daß die Industrie mit Investitionen, Neuanlagen, noch wie vor zurückhalte. Wo Investitionsbedarf wirklich besteht, werde ihn in dem Betreiben noch hoher Liquidität nicht nachgegeben. Das führe dazu, daß gegenwärtig die dringendsten Ersatzinvestitionen

nicht durchgeführt werden. Die gegenwärtige Investitionstätigkeit bedeute nicht einmal den laufenden Verschleiß des Produktionsapparates. Die Wirtschaft zehre von der Substanz.

Das Arbeitseinkommen, die breiteste Grundlage des Verbrauchs, halte sich auch um nahezu 40 Proz. unter seinem konjunkturellen Höchststand von 1929. Das Institut stellt fest, daß die Lohnabbaufaktion von Anfang 1932 sich in einem verschärften Rückgang des Verbrauchs niedergeschlagen habe. Da die Aussichten des Arbeitsmarktes anhaltend schlecht seien, die Zahl der Einkommensbezieher also vorerst konjunkturell schwerlich zunehmen werde und da ferner die Lohn- und Gehaltssätze eher noch sinken würden, sei für das Arbeitseinkommen zunächst mit weiterer, wenn auch vielleicht allmählich abgemildeter Schrumpfung zu rechnen.

Die neuen schwerindustriellen Bestrebungen nach einem weiteren Lohnabbau und nach einer Zerstückelung der Tarife werden durch diese Feststellungen treffend gekennzeichnet. Ein weiterer Lohnabbau ist in der gegenwärtigen Lage der deutschen Wirtschaft nichts anderes als ein Attentat auf die Wirtschaftsge sundung.

50 Millionen Verlust.

Der Burbach-Konzern deckt die Karten auf.

Am Donnerstag hat die mit großer Spannung erwartete Aufsichtsratsitzung der Burbach Kaliwerke A. G. stattgefunden. Zur Debatte standen auf dieser Sitzung die Sanierungsmaßnahmen der Verwaltung, die noch den besamntgemordenen hohen Millionenverlusten sich zur Erhaltung des Konzerns als notwendig erwiesen haben. Mit 25 gegen 1 Stimme wurde folgender Beschluß gefaßt: Von den eigenen Aktien, die im Besitz der Burbach-Hauptverwaltung G. m. b. H. sich befinden, werden 20 Millionen eingesetzt. Das danach verbleibende freie Aktienkapital in Höhe von 40 Millionen Mark wird im Verhältnis 2 zu 1 auf 20 Millionen Mark zusammengelegt. Zur Deckung des vorhandenen Buchverlustes von 28,8 Millionen Mark stehen auf Grund dieser Sanierungsmaßnahme insgesamt 39 Millionen Mark zur Verfügung. Diese setzen sich aus folgenden Beträgen zusammen:

dem Gewinnortrag mit	1 161 894 RM.
dem Gewinn aus 1931 mit	5 065 208
dem Reservefonds mit	12 878 439
dem zusammengelegten Kapital	20 000 000
insgesamt also ca.	39 000 000 RM.

Es verbleiben danach also noch rund 10 Millionen Mark, die zu außerordentlichen Abrechnungen verwendet werden sollen. Auf dieser Grundlage werden jetzt der Geschäftsbericht und die Bilanz, die im Laufe des kommenden Monats veröffentlicht werden, aufgestellt.

Die Gesamtverluste bei Burbach erreichen also nach Durchführung dieser Sanierungsaktion die enorme Summe von 50 Millionen Mark bei einem Gesamtkapital von 70 Millionen Mark. Was sich bei Burbach abgepielt hat, gliedert sich den vorangegangenen Konzernskandalen in Deutschland würdig ein. Man muß sich noch einmal folgendes vergegenwärtigen:

Genau vor einem Jahr im Mai 1931 schüttete Burbach eine Dividende von 12 Proz. aus, die nicht weniger als 6,4 Millionen Mark an flüssigen Mitteln dem Unternehmen entzog. Nach diesem Glanzabschluß für das schon schwarze Krisenjahr 1930 konnte die Offenlichkeit mit Recht annehmen, daß dieser mächtige Kali-Konzern noch wie vor auf solider Grundlage stehen würde. In dieser Ansicht wurde die Offenlichkeit noch dadurch bestärkt, daß die Verwaltung des Burbach-Konzerns bis in die letzten Wochen den Verlust von nahezu drei Vierteln des gesamten Kapitals verschwiegen. Derartige Methoden, die nicht klar genug verurteilt werden können und aufs neue den Beweis für die dringende Notwendigkeit einer Aktienrechtsreform an Haupt und Gliedern liefern, müssen aber auch ganz zwangsläufig Mißtrauen erwecken, ob die vorliegende Sanierungsaktion auch tatsächlich ausreichend ist, um den Burbach-Konzern wieder auf eine solide Grundlage zu stellen.

Für Zollabbau und Kriegsschuldenregelung.

Dr. Anderson, der Wirtschaftsjournalist der Chase National Bank in New York, erklärte in einer Rede vor der Handelskammer, man müsse zur Sicherung der wirtschaftlichen Erholung in aller Welt die Herabsetzung der Zolltarife und eine Regelung der Kriegsschulden unter wirtschaftlichen statt politischen Gesichtspunkten erreichen, wobei ein möglicher Zollschuß für die amerikanische Produktion nicht aufgegeben werden brauche. Doch müßte der Zollabbau sich auf mindestens eine Dollarbilliarde Fertigfabrikate mehr erstrecken, als im Jahre 1928 eingeführt wurden.

Chagrinettes
ein neuer Sommertyp,
bequem, leicht und
elegant weiß m. Lack
weiß m. braun!

Palmas
„luftig, leicht,
der Sommerschuh
aus porösem
Leinen!“

Zwei von dreihundert Neuheiten!

Opanken, Leinenschuhe, Lido-Sandalen, Sommerlinge, Sonnenschuhe

Leiser

